

Hintergrundinformationen

Afrika-Seminar der Hellwegregion

Erfahrungsaustauschseminar zwischen Afrika-Akteuren
im Östlichen Ruhrgebiet und Kreis Soest

Samstag, 30. Mai 2009, 9.30-18.00 Uhr
VHS Hamm - Hohe Straße 71, 59065 Hamm



Ablauf des Afrika-Seminars der Hellwegregion"

- 9:30 Uhr
→ Empfang, Begrüßung und Inputs
- 10:00 Uhr
→ Klimawandel in Afrika (Geoscopia)
- 11:00 Uhr
→ Stehcafé, Imbiss und Musik
- 11:30 Uhr
→ AG1 zu Guinea
→ AG2 zu DR Kongo
- 12:30 Uhr
→ Mittagessen à la Côte d'Ivoire
- 13:30 Uhr
→ AG3 zu Tansania
→ AG4 zu Namibia
- 14:30 Uhr
→ Stehcafé
- 15:00 Uhr
→ Workshop:
„Das Afrika-Bild in den deutschen Medien“
- 16:30 Uhr
→ „Ach, Afrika“:
Diskussionsrunde mit den Akteuren
- 17:30 Uhr
→ Abschließende Auswertung
- 18:00 Uhr
→ Ende mit Musik von Rahime Diallo
von der Musikband "Fulani"

V.i.S.d.P



**Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.**

FUGe, Widumstr. 14, 59065 Hamm, Tel. 02381 - 41511,
Fax. 02381 - 431152, Email: dacostamelo@fuge-hamm.de,
Internet: <http://www.fuge-hamm.de>

In Koop. mit der VHS Hamm und mit der
freundlichen Unterstützung durch InWEnt aus
Mitteln des BMZ und EED



Pressemitteilung:

FUGe - Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V.
Widumstr. 14, 59065 Hamm, Tel. 02381 - 41511, Fax. 02381 - 431152
Email: dacostamelo@fuge-hamm.de, Internet: <http://www.fuge-hamm.de>

Afrika-Seminar der Hellwegregion, Samstag, 30. Mai 2009 in der VHS Hamm

Am kommenden Samstag findet das erste "Afrika-Seminar der Hellwegregion" in der VHS Hamm statt. Es wird von FUGe (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung) in Kooperation mit der VHS organisiert. Es soll dem Erfahrungsaustausch zwischen afrikanischen und nicht-afrikanischen Akteuren im Östlichen Ruhrgebiet und im Kreis Soest in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit dienen.

In Vorträgen und Podiumsgesprächen diskutieren Experten mit den Teilnehmern über Auswirkungen des Klimawandels auf dem Kontinent, über die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und über das Bild von Afrika in den deutschen Medien.

In den Pausen wird das Seminar musikalisch von Rahime Diallo (Band "Fulani") begleitet.

Die inhaltliche Einführung gibt Martin Fliegner (Geoscopia), der zum anthropogenen Klimawandel und dessen Auswirkung auf Afrika, unterstützt durch Satelliten-Bilder, referiert. An der anschließenden Diskussionsrunde nehmen Abdallah Diop (Tschad, angefragt) und Dr. Paul Krämer (Lernen-Helfen-Leben e.V.) teil.

In länderbezogenen Arbeitsgruppen werden deutsch-afrikanische Hilfsprojekte und Bildungsarbeit thematisiert.

Zu Guinea werden medizinische und schulische Hilfsprojekte von Claudia Kasten (Hammer Forum) und Rahime Diallo (The Bridge: Entwicklungs- und Partnerschaftsprojekte in Schulen) vorgestellt. Zum Kongo thematisieren Boniface Mabanza (Mutoto) und Heinz Rothenpieler (Lernen-Helfen-Leben) Jugend- und Umweltprojekte.

Nach der Mittagspause geht es mit Erika Bhanji (Soest) und Werner Döpke (Unna) um kirchliche und nicht-kirchliche Entwicklungsprojekte in Tansania. Parallel geht es mit Ulrich Scholz („Friends in One World" Lünen) um Namibia-Schulpartnerschaften.

Ab 15.00 Uhr ist der Schwerpunkt das "Afrika-Bild in den deutschen Medien". Kurzfilmbeiträge und Inputs gibt es von Marc Stefaniak (Journalist) und Martina Backes (iz3w-Redaktion und Filmregisseurin aus Freiburg) mit einer abschließenden Diskussionsrunde mit dem Journalist Etienne Fopa aus Kamerun (Magazin "Africa Positive") und der Politikwissenschaftlerin Nadine Kaufmann sowie den Teilnehmern.

Während des Afrika-Seminars werden 20 Karikaturen aus der Ausstellung "Armut muss Geschichte werden" des Vereins "Dialog International Düsseldorf" in der VHS präsentiert. Die Karikaturen zeigen die europäische Wahrnehmung der Armut in Afrika auf so zugespitzte Art und Weise, dass jeder Betrachter zum Nachdenken angeregt wird und seine eigenen Vorurteile erkennt.

Die Veranstaltung beginnt um 9:30 Uhr. Für die Teilnehmer gibt es ein Mittagessen.

Ausführliche Infos sind zu erhalten unter www.fuge-hamm.de.

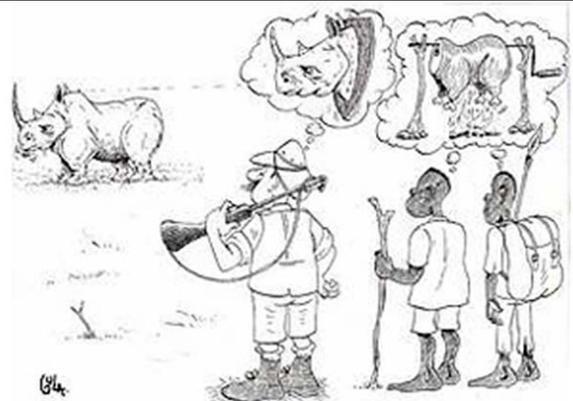
Der Eintritt inklusiv Mittagessen ist frei.

Um eine Anmeldung wird gebeten unter fuge@fuge-hamm.de, Fax 02381-431152 oder Tel. 41511.

Das Afrika-Seminar wird über InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) aus Mitteln des BMZ und vom EED (Ev. Entwicklungsdienst) gefördert.



Resources in Africa von Wolfgang Ammer.jpg



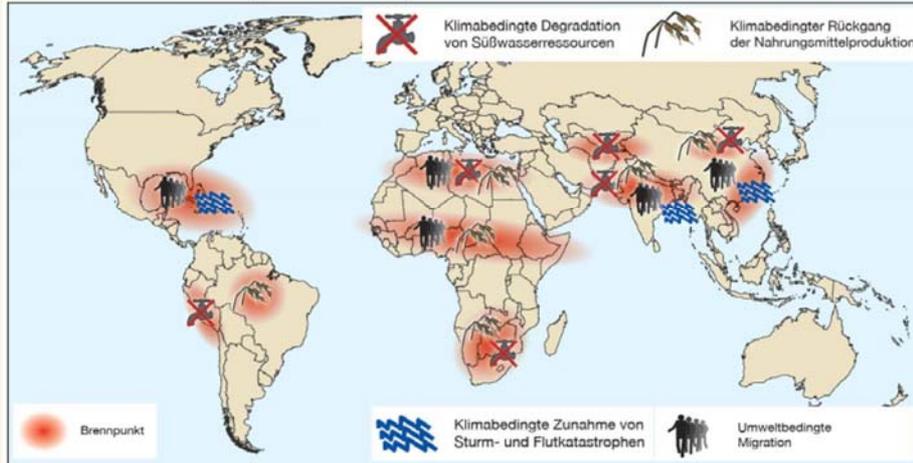
Ricardo Daniel Gula, Argentina *HAMBRE*

Hambre von Ricardo Daniel Gula.jpg

Klimabedingte Risiken in ausgewählten Regionen

Konfliktkonstellation in ausgewählten Brennpunkten

Quelle: WBGU 2007



um die sich mehrere UN-Agenturen kümmern. Dazu kommen 24 Millionen Vertriebene. Für Klimaflüchtlinge dagegen gibt es nur umstrittene Zahlen. Von 25 Millionen sprach der britische Ökonom Norman Myers schon 1997. Organisationen wie der Weltklimarat IPCC haben die Zahl mangels Alternative aufgegriffen. Jakobeit prognostiziert, dass es in 30 Jahren 200 Millionen Klimaflüchtlinge geben könne. Andere Sozialwissenschaftler kritisieren die Daten jedoch. Jakobeits Angabe liegt die Zahl der Menschen zugrunde, deren Land bei einem Meeresspiegelanstieg um 40 Zentimeter gefährdet wäre.

Von der Natur vertrieben

19.06.2007 **Flüchtlinge und der Klimawandel Immer mehr Menschen fliehen vor den Folgen von Naturkatastrophen. Damit sie Asyl erhalten können, müssen nun Forscher definieren, ob es sich bei ihnen um "Klimaflüchtlinge" handelt.**

Von Christopher Schrader in:

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/802/325667/text>

Die Bewohner des Atolls Carteret in der Südsee und die Menschen aus New Orleans teilen eine zweifelhafte Ehre: als angeblich erste Klimaflüchtlinge der Geschichte. In der Südsee hat Papua-Neuguinea im Jahr 2005 damit begonnen, die von knapp 1000 Menschen bewohnten Inseln des 30 Kilometer großen Atolls zu evakuieren.

Stürme bedrohen ihre Heimat zunehmend, Überschwemmungen versalzen Brunnen und Anpflanzungen. In New Orleans und Umgebung hingegen mussten 2005 Hunderttausende vor dem Hurrikan Katrina fliehen. Er zerstörte Teile ihrer Stadt. Viele von ihnen sind deshalb bis heute nicht zurückgekehrt. Doch an beiden Orten zeigt sich, wie schwierig der Begriff "Klimaflüchtling" ist. Kein seriöser Forscher macht die globale Erwärmung für einen einzelnen Sturm verantwortlich. Und das Carteret-Atoll ruht auf Korallenriffen, die wiederum auf dem Krater eines verloschenen Vulkans stehen. Womöglich versinkt er langsam. Zudem wird den Bewohnern vorgeworfen, ihr Atoll beim Fischen mit Dynamit beschädigt zu haben.

Um in solchen Zweifelsfällen den Begriff "Klimaflüchtling" sauber definieren zu können, hat die Umweltschutzorganisation Greenpeace aus Anlass des Weltflüchtlingstags am Mittwoch eine Studie in Auftrag gegeben.

In Zukunft wird sich in vielen Fällen zeigen, dass der Klimawandel die zentrale Ursache dafür war, dass Menschen ihre Heimat verlassen haben", sagt der Hamburger Politikwissenschaftler Cord Jakobeit, der sie verfasst hat.

Wenn ein Staat der Südsee durch den Anstieg des Meeres sein Staatsgebiet verliere, oder Millionen Menschen in Bangladesch ihre Dörfer und Felder, werde niemand argumentieren können, andere Gründe seien gleich wichtig.

Amerikas Versagen

Zurzeit ist der Begriff "Klimaflüchtling" rechtlich undefiniert. Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt nur die Verfolgung durch andere Menschen etwa aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen an; außerdem müssen Flüchtlinge internationale Grenzen überschritten haben, sonst gelten sie als "Vertriebene".

So zählt der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen in seiner soeben veröffentlichten Statistik für 2006 fast 14 Millionen Flüchtlinge weltweit,

Und Myers hat jeden mitgezählt, bei dem Umweltzerstörung irgendeine Rolle beim Entschluss gespielt habe, seine Heimat zu verlassen. "Es ist nicht zu bestätigen", dass Menschen ihre Heimat bereits massenhaft wegen des Klimawandels verlassen", sagt hingegen Thomas Faist.

Viele Länder sträuben sich gegen den Begriff "Klimaflüchtling"

Der Soziologe von der Universität Bielefeld arbeitet in einem europäischen Projekt, bei dem es um Menschen geht, die Faist allgemein "Umweltmigranten" nennt: "Die Zerstörung der Lebensbedingungen ist Teil einer Kette von verflochtenen Ursachen."

Folgen des Klimawandels werden durch ethnische Konflikte verschärft, durch eine sehr ungleiche Verteilung von Land und die Unfähigkeit oder Unwilligkeit von Regierungen, ihren Bürgern zu helfen. Ein solch differenzierter Blick helfe auch der internationalen Gemeinschaft, besser zu helfen. Für die Bürger von New Orleans ist das eine pikante Definition, auf die Faist hinsteuert: Sollte Katrina etwas mit dem Klimawandel zu tun haben, wären sie dennoch nur dann Klimaflüchtlinge, wenn sich ihre Regierung als unwillig oder unfähig erwiesen hätte, den Evakuierten zu helfen.

Genau das haben zwar viele US-Politiker behauptet, als sie die Nothilfe-Agentur Fema scharf kritisieren. Aber ob auch die internationale Gemeinschaft der Supermacht Amerika ein Versagen attestiert, ist fraglich. Einig sind sich jedoch die meisten Forscher, dass der Klimawandel als Grund für Flucht wichtiger wird. Der Wissenschaftliche Beirat globale Umweltveränderung (WBGU), der die Bundesregierung berät, hat darum verstärkte Migration als einen der Gründe genannt, aus denen der Klimawandel die internationale Sicherheit bedroht.

Greenpeace fordert nun, Klimaflüchtlinge im Asylrecht und der Flüchtlingskonvention anzuerkennen. Eine solche Festlegung vermeiden viele Staaten zurzeit. So erlaubt zwar Neuseeland jährlich Hunderten von Bürgern bedrohter Südsee-Inseln die Einreise. Aber als Klimaflüchtlinge will das Land die Neankömmlinge keinesfalls bezeichnet wissen.

(20.6.2007) Copyright © Süddeutsche Zeitung GmbH

Klimawandel, Afrika und Flüchtlinge

von Marcos Antonio da Costa Melo



Jedes Jahr landen tausende Flüchtlinge aus Afrika vor der Küste Italiens (BR-online12-12-2007)

Not

izen über Afrika erreichen uns meistens, wenn Flüchtlinge aus Schwarzafrika die Festung Europa erstürmen wollen. Es ist ein Drama ohne Ende. Ob auf der weiten See oder auf dem Kontinent während jahrelanger, unendlicher Torturen, es sterben seit Jahren Afrikaner auf dem Weg über viele Tausende von Kilometern, um dem europäischen Traum näher zu kommen. Armut, politische Verfolgung und nicht zuletzt Klimawandel sind die wesentlichen Gründe für die rapide anwachsenden Flüchtlingsströme aus Schwarzafrika.

Nach Einschätzung von Experten lässt der Klimawandel nicht nur Gletscher schmelzen und Flüsse versiegen, sondern vertreibt auch immer mehr Menschen aus ihrer Heimat. Man rechnet mit weltweit vielen Millionen Umweltflüchtlingen, die vor natürlichen oder von Menschen verursachten Naturkatastrophen fliehen müssen. Der Begriff Klimaflüchtlinge bleibt aber weiterhin undefiniert. Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt nur die Verfolgung durch andere Menschen etwa aus politischen, ethnischen und religiösen Gründen an. Diese müssen internationale Grenzen überschreiten, sonst gelten sie als Vertriebene. Der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen in seiner Statistik für 2006 zählt 14 Millionen Flüchtlinge und 24 Millionen Vertriebene. Für Klimaflüchtlinge gibt es dagegen nur umstrittene Zahlen. Das internationale Rote Kreuz spricht von über 25 Millionen Menschen, die jetzt auf der Flucht vor den schlecht werdenden Bedingungen sind. Es sind mehr als durch Kriege. Die Zerstörung der Lebensbedingungen, so der Soziologe Thomas Faist von der Universität Bielfeld, ist ein Teil der Kette von verflochtenen Ursachen. Folgen des Klimawandels wie Dürre und Wassermangel werden durch ethnische Konflikte verschärft, durch eine sehr ungleiche Verteilung von Land und die Unfähigkeit und Unwilligkeit von Regierungen, ihren Bürgern zu helfen. Greenpeace fordert Klimaflüchtlinge im Asylrecht und der Flüchtlingskonvention anzuerkennen. Eine solche Festlegung vermeiden die meisten Staaten. Eine neue umweltbedingte Gerechtigkeitsdebatte ist ausgebrochen, die wir bei FUGe mitverfolgen werden. (FUGe news 2007-01)

Klimawandel – Bedrohung für globale Entwicklung und Frieden

von Steffen Bauer und Dirk Messner

... Regionale Naturräume und das globale Ökosystem könnten sich radikal umstrukturieren, die Bedingungen für menschliche Entwicklung weltweit drastisch verändern und die Anpassungsfähigkeiten von Gesellschaften und des internationalen Systems überfordern.

... **Afrika** gilt auf Grund seiner besonderen Anfälligkeit für klimatische Variabilität, kombiniert mit sozioökonomischen und politischen Stressfaktoren und geringen Anpassungskapazitäten, als besonders gefährdet. So erwartet der IPCC hier bis 2020 eine Zunahme der unter klimainduzierter Wasserknappheit leidenden Menschen in einer Größenordnung von 75–250 Millionen und in einzelnen Ländern einen Einbruch der landwirtschaftlichen Erträge aus dem Regenfeldbau um bis zu 50%. In Kombination mit der in vielen Ländern der Region vorherrschenden Schwäche staatlicher Institutionen sowie komplexen Gewaltkonflikten und großen Flüchtlingsströmen erscheint zudem das Risiko einer fortschreitenden regionalen Destabilisierung hoch. Die gegenwärtigen Anstrengungen bei der Armutsbekämpfung und der regionalen Stabilisierung würden zurückgeworfen.“ ...

Afrika - Trockenheit im Flussbett

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,471016,00.html>

In der nordäthiopischen Provinz Tigre buddeln Dorfbewohner während der Trockenzeit ein zwei Meter tiefes Loch in ein ausgetrocknetes Flussbett. Sie suchen verzweifelt nach Wasser. Mit dieser Szene machte Jeffrey Sachs, Direktor des Earth Institute der Columbia University, im Vorfeld des G-8-Gipfels im schottischen Gleneagles deutlich, wie Afrika besonders in der Sahelzone vom Klimawandel betroffen ist.

...

Der Fluss habe bis vor kurzem ganzjährig Wasser geführt, aus dem die Dorfbewohner sich versorgt hätten. "In Nordäthiopien hat sich der Regenkreislauf, wie in weiten Teilen Afrikas, in den letzten Jahren deutlich verändert", schrieb Sachs im Vorfeld von Gleneagles in der "Süddeutschen Zeitung". Schon im Verlauf der letzten 25 Jahre seien die Niederschläge in der Sahelzone, also südlich der Sahara, merklich zurückgegangen. Der Chef der Uno-Umweltbehörde Unep nannte Ende vergangenen Jahres das Okavango-Delta und die Sümpfe des Sudd im Süden des Sudan als Beispiele für Regionen, denen die Austrocknung droht. Flüchtlingsbewegungen könnten die Folgen sein.

...

Klimaflüchtlinge - ignoriert und verleugnet Greenpeace-Studie warnt vor humanitärer Katastrophe

von Sigrid Totz (19.06.2007)

Sie packen ihr wenig Hab und Gut und gehen. Nicht freiwillig, sondern weil ihr Zuhause in den Fluten versinkt, ihre Äcker verdorren, ihre Brunnen versiegen. Einer neuen Greenpeace-Studie zufolge werden 200 Millionen Menschen in den nächsten 30 Jahren aus ihrer Heimat flüchten müssen, wenn der Klimawandel sich fortsetzt wie bisher. Die weitaus meisten gehören zu den Ärmsten der Armen. An der menschengemachten Klimaerwärmung haben sie so gut wie keinen Anteil.



Hochwasser in Mosambique. Frau in einem provisorischen Flüchtlingslager.

"Das Thema Klimaflüchtlinge weist in unerträglicher Form auf eine doppelte Ungerechtigkeit hin", erklärt Andree Böhling, Klimaexperte von Greenpeace. "Während die Ärmsten dieser Welt, die an der Klimaveränderung unschuldig sind, als Erste heftig durch die Erwärmung getroffen werden, verleugnen die Industriestaaten als Hauptverursacher bisher die Existenz der Klimaflüchtlinge und schotten sich mit geltendem Flüchtlingsrecht dagegen ab." Schon heute sind mehr als 20 Millionen Menschen auf der Flucht vor den Auswirkungen des Klimawandels. Das ist mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit. Besonders betroffen sind die Länder der Sahel-Zone in Afrika, Bangladesch und viele Inseln im Südpazifik. In den ärmsten Ländern der Welt verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Hunderte Millionen Menschen dramatisch. Der steigende Meeresspiegel und zunehmende Überschwemmungen drohen, ganze Landstriche und Staaten dauerhaft in den Fluten versinken zu lassen.

Armut macht besonders verwundbar gegenüber den Folgen des Klimawandels. Die Anpassung an veränderte Klimabedingungen kostet Geld. Diese Mittel können die am schlimmsten betroffenen Länder nicht aufbringen. Sie sind den Auswirkungen der Klimaveränderung besonders ausgeliefert. So entsteht eine Abwärtsspirale: Die

Armut verhindert Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel - der Klimawandel verschärft die Armut. Wassermangel und Hunger führen zu weiterer Destabilisierung der Staaten und zu gewalttätigen Konflikten.

Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan brachte das Problem 2006 vor dem Klimagipfel in Nairobi auf den Punkt. Er sagte, die globale Erwärmung sei nicht nur ein Umwelt-, sondern auch ein Entwicklungsproblem. Schutz vor den Folgen des Klimawandels und Armutsbekämpfung könnten nur zusammen erfolgreich sein.

Im deutschen, europäischen und internationalen Flüchtlingsrecht finden Klima- oder Umweltflüchtlinge bisher keine Anerkennung. Selbst das weltweit zuständige UN-Flüchtlingskommissariat kennt den Status Klimaflüchtling nicht.



Malawische Bauern zeigen ihre zerstörte Maisernte während der Dürreperiode 2002 im Süden Afrikas.

"Auch die Bundesregierung muss sich endlich dem Thema Klimaflüchtlinge stellen. Deutschland muss Verantwortung übernehmen und den betroffenen Staaten finanzielle Hilfe sowie den Menschen auf der Flucht Asyl zukommen lassen", fordert Böhling. Er fordert unter anderem grundlegende Veränderungen im Migrationsrecht, in der Raumplanung und in der internationalen Zusammenarbeit. Anderenfalls würden auch wir von den Folgekosten und -problemen überschwemmt werden.

Zu verhindern sind die Flüchtlingsströme auch durch sofortige Klimaschutzmaßnahmen nicht mehr. Doch die Greenpeace-Studie macht deutlich, wie dringend Maßnahmen für den weltweiten Klimaschutz sind, um das Ausmaß der Not und der Migration wenigstens noch zu begrenzen. Greenpeace fordert Bundeskanzlerin Merkel daher auf, ein glaubwürdiges Zeichen zu setzen. Bis 2020 muss Deutschland seinen CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent reduziert haben.



Guinea in <http://de.wikipedia.org/wiki/Guinea>

1892/1893 wurde das heutige Guinea als **Teil Französisch-Westafrikas** französische Kolonie.

Am 2. Oktober 1958 entschied Guinea sich in einer Volksabstimmung als einzige französische Kolonie in Afrika für die vollständige Unabhängigkeit. Es folgte die **Ausrufung der Ersten Republik mit Sékou Touré** als Staatspräsidenten; es kam zum Bruch mit Frankreich. Nach dem Tod des autoritären Sekou Tourés am 26. März 1984 übernahm am 3. April 1984 der Oberst Lansana Conté die Macht, gestützt auf ein Militärkomitee. Es kam zur Proklamation der 2. Republik.

Nach **Ausbruch des Bürgerkriegs 1990** in den Nachbarländern **Liberia und Sierra Leone** kamen Tausende von Flüchtlingen nach Guinea; zeitweise bis zu 700.000. Noch heute sind es ca. 40.000 (Stand 2007)[2]. Am 19. Dezember 1993 wurde in der ersten demokratischen Präsidentschaftswahl General Lansana Conté als Präsident bestätigt. Es folgte die Ausrufung der 3. Republik im Januar 1994.

In den darauf folgenden Jahren kam es zu Aufständen, die im Februar 1996 mit der Niederschlagung einer Militärrevolte ihren Höhepunkt erreichten.

Von September 2000 bis März 2001 wehrte Guinea Angriffe sierraleonischer und liberianischer Rebellen auf das guineische Staatsgebiet ab. **Infolge des Bürgerkriegs in Sierra Leone hielten sich zeitweise bis zu 500.000 Flüchtlinge aus Liberia und Sierra Leone in Guinea auf.** Bei einem Gipfeltreffen der Staatspräsidenten von Guinea, Liberia und Sierra Leone in Rabat im Februar 2002, wurden Wege zur Beilegung des Regionalkonflikts erörtert. Im November 2001 wurden durch ein umstrittenes Referendum zur Verfassungsänderung u. a. die rechtlichen Voraussetzungen für einen Verbleib von Staatspräsident Lansana Conté im Amt über 2003 hinaus geschaffen. Im Juni 2002 endeten die von wichtigen Oppositionsparteien boykottierten, nicht demokratisch verlaufenen Parlamentswahlen mit einem klaren Sieg der Präsidentenpartei PUP.

Nach einem Bericht von Transparency International vom November 2006 ist Guinea das korrupteste Land Afrikas.

Horrende Preissteigerungen trieben die Bevölkerung unter Führung der traditionell starken Gewerkschaften allein 2006 in drei größere Generalstreiks. Schien bis dahin jeder auf das natürliche Ende der Regierung des greisen Conté zu warten, welches sich durch seine von Diabetes und übersteigertem Zigarettenkonsum stark angegriffene Gesundheit bereits lange abzeichnete, hatten sich die Gewerkschaften im Generalstreik im Januar und Februar 2007 die Absetzung Contés zum Ziel gesetzt. Proteste wurden von den Sicherheitskräften massiv unterdrückt, wobei mindestens 200 Menschen in den Auseinandersetzungen erschossen wurden. Zwischenzeitlich wurde auch das Kriegsrecht ausgerufen. Mitte Februar schließlich stimmte der Präsident zu, einen Premierminister zu ernennen, mit dem auch die Gewerkschaften einverstanden waren. Dem von Lansana Kouyaté geführten neuen Kabinett gehörte kein Minister der vorherigen Regierung von Präsident Lansana Conté an. **Die Opposition reagierte auf die Ernennung der Regierung vorsichtig optimistisch. Die Gesamtlage blieb jedoch weiterhin angespannt.** Für Januar 2008 wurde die Fortsetzung des 2007 unterbrochenen Generalstreikes angekündigt – es wurde wieder gefordert, dass der Präsident Conté zurücktritt, da er entgegen einem im Februar 2007 geschlossenen Abkommen Entscheidungen traf, die nicht in seiner Befugnis lagen.

Kouyaté wurde im Mai 2008 abgesetzt. Im gleichen Monat kam es in Teilen der Armee zu Unruhen, die mit ausstehendem Sold begründet wurden. Am 20. Juni 2008 stellte Präsident Conté die Liste des neuen Kabinetts vor. Unter den 34 Ministern und 2 Generalsekretären befanden sich erstmals Vertreter der Opposition.



UNHCR: Mehr als 150 städtische Flüchtlinge aus der Elfenbeinküste machten sich Juli 2008 auf den Weg in ein ländliches Flüchtlingscamp im Süden Guineas. Zuvor hatten sie UNHCR mitgeteilt, sie wollten die Hauptstadt Conakry verlassen, weil ein Leben dort zunehmend schwieriger würde.

Am 22. Dezember 2008 starb Guineas Präsident Lansana Conté nach langer Krankheit. Unmittelbar danach verübte das Militär einen Putsch. Ein **Hauptmann namens Moussa Dadis Camara** erklärte im staatlichen Rundfunk, die Regierung sowie andere Institutionen der Republik seien aufgelöst, die Aktivitäten der Gewerkschaften würden unterbunden und die Verfassung außer Kraft gesetzt; ein "Konsultativrat" bestehend aus Zivilisten und Armeemitgliedern werde demnächst eingesetzt. Am 24. Dezember wurde ein Nationalrat für Demokratie und Entwicklung gebildet, an dessen Spitze als Staatsoberhaupt Camara steht. Dieser Nationalrat soll Guinea bis zu Neuwahlen regieren.

Guinea: Teile der sozialen Bewegungen begrüßen den Militärputsch

in <http://www.oneworld.at/start.asp?ID=226457>

Anders als seine westafrikanischen Nachbarländer Sierra Leone und Liberia blieb Guinea bisher vom Bürgerkrieg verschont. Der Militärputsch vom 23.12.08, der auf Jahrzehnte der autoritären Herrschaft folgte, ging unblutig und ohne bemerkenswerten Widerstand über die Bühne. Während der Staatsstreich zumindest verbal auf internationale Ablehnung stieß, melden sich nun VertreterInnen der sozialen Bewegungen Guineas zu Wort. Und was vielleicht überraschen mag: Sie können dem Putsch durchaus positive Seiten abgewinnen wie etwa der angekündigte Kampf gegen die Korruption. Das Militär in Guinea hat sich in der Vergangenheit, gerade auch in der jüngsten Zeit, nicht wirklich als Freund von Demokratie und Menschenrechten erwiesen. So richteten die Militärs unter dem Oberkommando des im Dezember verstorbenen Langzeitdiktators Conté im Januar und Februar 2007 ein Massaker an aufständischen Menschen an, die auf Initiative der Gewerkschaften den Rücktritt von Conté sowie Maßnahmen gegen die Armut forderten. Mehr als 150 Menschen wurden damals von Polizei und Armee getötet. (Leadership – AllAfrica, 29.12.08). Vor diesem Hintergrund und angesichts der seit der Unabhängigkeit 1958 dauernden autoritären Herrschaft in Guinea – seither hatte das Land nur zwei Präsidenten, die sich beide fest auf das Militär stützten – ist es doch ein wenig verwunderlich, dass Teile der sozialen Bewegungen sich positiv zu dem Militärputsch äußern.

Positionen der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften

„Wir denken, es gibt hier eine echte Chance auf einen wahrhaftigen nationalen Dialog und den Wiederaufbau unseres Landes. Täuschen Sie sich nicht, wir werden im Hinblick auf die Rechte der Menschen in Guinea wachsam sein“, so Bakary Fofana, der Vizepräsident des Nationalen Rates der Zivilgesellschaftlichen Organisationen (CNOSCG) gegenüber der UN-Agentur IRIN (IRIN – AllAfrica, 29.12.08).

Der Anführer der Junta, Moussa Dadis Camara, hatte u. a. versprochen, die Korruption im Land zu bekämpfen, jene zu bestrafen, die öffentliche Gelder veruntreut haben, sowie die Bergbauverträge neu zu gestalten, damit diese der Bevölkerung zugute kommen. In Guinea liegen neben anderen reichen Rohstoffen die weltweit größten Vorkommen an Bauxit, dem wichtigsten Metall bei der Herstellung von Aluminium. Zugleich mangelt es den meisten Menschen am Allernötigsten wie sauberem Trinkwasser, angemessenen Sanitäranlagen und Zugang zu Elektrizität.

Bei einem öffentlichen Auftritt von Capt. Camara in einer Kaserne vor einem gemischten Publikum, zu dem auch GewerkschafterInnen, Vertreter der Kirche und PolitikerInnen gehörten, legte Camara dar, dass bis 2010 Wahlen abgehalten werden sollen. Capt. Camara erklärte gegenüber den Anwesenden, er sei offen für ihre „besten Ideen“, etwa was die Auswahl eines neuen Premierministers betreffe (Vanguard – AllAfrica, 29.12.08). Die Gewerkschaften rufen zum Teil dazu auf, die Herrschaft des Gesetzes wiederherzustellen und die Korruption sowie den Drogenhandel zu bekämpfen. In einer Stellungnahme vom 25.12.08 „gratulieren“ sie dem Militär „zu seiner Unterstützung für den Wandel, den die Gewerkschaften mit der Rückendeckung der Bevölkerung eingeleitet haben“ (IRIN – AllAfrica, 29.12.08). Der Vorsitzende der Vereinigung für Transparenz in Guinea,

Mamadou Taran Diallo, sagte gegenüber IRIN: „Das wichtigste [nach Contés Tod] war die Erhaltung der Sicherheit und Stabilität von Guinea. Wir haben gesehen, wie der Krieg unsere Nachbarn Sierra Leone und Liberia zerrissen hat.“ Und Diallo setzt fort: „Jetzt muss die Zivilgesellschaft handeln“, damit die Junta ihre Versprechungen auch einhalte. Denn „alle in Guinea sind hungrig nach einer guten Regierungsführung“ (IRIN – AllAfrica, 29.12.08).



Internationale Reaktionen

Die internationalen Reaktionen auf den Putsch in Guinea fielen durchgehend ablehnend aus. Vom südafrikanischen Präsidenten Motlanthe, über die US-Botschaft bis zur französischen EU-Ratspräsidentschaft wurde die baldige Abhaltung von Wahlen eingefordert. Lediglich Senegals Präsident Wade rief dazu auf, die Junta zu unterstützen (Vanguard – AllAfrica, 29.12.08). Auch die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS hat erklärt, dass die Frist für Wahlen bis 2010 zu lange sei.

Die Afrikanische Union (AU) hat am 29.12.08 die Mitgliedschaft von Guinea außer Kraft gesetzt und die Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung gefordert. Jedenfalls müssten nach der Verfassung innerhalb von 60 Tagen Wahlen abgehalten werden – bis dahin wäre die exekutive Macht an den Parlamentspräsidenten übergegangen. Manche Menschen in Guinea kritisieren indes auch, dass diese Forderung der AU irrational sei, weil die alte Regierung nicht rechtmäßig gewesen sei. Das Mandat des Parlamentes war 2007 abgelaufen, Wahlen waren mehrmals aufgeschoben worden. In einer Stellungnahme forderten die Gewerkschaften die internationale Gemeinschaft auf, „die Situation in Guinea einer tiefergehenden Analyse zu unterziehen“ (IRIN – AllAfrica, 29.12.08).

Diplomaten schätzen, dass der neue starke Mann Guineas sich auf den Dialog einlässt, anders als seine Vorgänger“ (taz, 3.1.09).

Bakary Fofana: Die „internationale Gemeinschaft“ solle zu dem Prozess des Dialoges und der Demokratie, der von der Zivilgesellschaft begonnen worden sei, ermutigen. Die sozialen Bewegungen „haben seit Jahren aufgrund des Mangels an Rechten, fehlender Gesetze und der Entbehrung von Demokratie in Guinea Alarm geschlagen. Doch niemand wollte uns zuhören. Die Menschen in Guinea wissen, dass ihnen diese Normen, von denen die internationale Gemeinschaft spricht, noch nie etwas gebracht haben“ (IRIN – AllAfrica, 29.12.08).
Beitrag bearbeitet von Alexander Stoff, 6.1.2009



Foto: A. Veit

in iz3w Nr. 304 * Seite 21 - 23 Themen: Krieg; Rohstoff, Kongo

Jenseits der Schuldfrage

Die politische Ökonomie des Krieges am Beispiel der DR Kongo

Der liberale Mainstream der Friedensforschung hat die Suche nach den Ursachen der Bürgerkriege in Afrika in den letzten Jahren zunehmend ökonomistisch verkürzt. Individuelle Bereicherung sei der Zweck des Krieges, Rohstoffe seien das Schmiermittel und Warlords die Übeltäter. Doch eine kritische politisch-ökonomische Analyse kommt zu differenzierteren Ergebnissen, wie sich am Beispiel des Konflikts in der DR Kongo zeigt.

von Alex Veit

► Als ich im vergangenen Jahr im Provinzstädtchen Bunia in der DR Kongo eine Hose kaufen wollte, kam ich mit einem Markthändler ins Gespräch. Die Kaufverhandlungen drehten sich bald um die westliche Schuld am Bürgerkrieg, die ich durch einen höheren Preis wenigstens ein bisschen begleichen sollte. »Auch der so genannte Warlord Floribert Njabu ist ein Opfer«, argumentierte der Markthändler. »Er wurde manipuliert und seine Soldaten aus dem Ausland mit Waffen versorgt.« Ausländische Interessenten hätten es auf die Goldreserven des Landes abgesehen. Dazu machten die internationalen Kräfte lokale Kriegsherren wie Floribert Njabu zu ihren Gefährten. Ich hielt dagegen: »Die Kongolesen sind doch keine Kinder, denen man nur eine

Gibt es nur noch eine Ökonomie, aber keine Politik der Bürgerkriege mehr?

Waffe in die Hand geben muss, und schon drücken sie ab.« Schließlich einigten wir uns: Die Kongolesen sind keine Kinder, aber westliche Interessen an den kongolesischen Bodenschätzen sind real. Und als vergleichsweise reicher Ausländer konnte ich einige Geldscheine extra bezahlen. Die Kriegsschuldfrage blieb allerdings ungeklärt.

Der Markthändler in Bunia verknüpfte zwar mehr oder weniger geschickt individuelles Geschäftsinteresse mit dieser politischen Frage. Doch mit seiner Haltung zur Verantwortung lokaler Warlords war er im kongolesischen Distrikt Ituri und dessen Hauptort Bunia keineswegs allein. Meiner Meinung nach hatte der Kriegsherr Njabu hingegen einfach nur ver-

schiedene Interessenlagen moderiert und für seine eigenen Zwecke genutzt. Da waren zunächst tatsächlich die sinistren ausländischen Kräfte. Darunter die ugandische Armee, die den Distrikt Ituri von 1998 bis 2003 besetzt hatte, Njabus Miliz *Front des Nationalistes Intégrationnistes* (FNI) ausgebildete und mit Waffen versorgte. Außerdem kanalisierte Njabu die Goldexporte aus der Region, die unter anderem bei einer Schweizer Firma landeten. Als Uganda die offene Einmischung im Kongo beendete, wandte Njabu sich neuen Partnern zu. Diesmal einer Fraktion in der damaligen Regierung des Kongos selbst, die bis dahin in Ituri kaum präsent gewesen war. Dann war da noch der südafrikanische Bergbaukonzern *AngloGold Ashanti*, der Schutzgelder bezahlte, um ungestört nach Gold suchen zu können.

Das waren aber noch nicht alle, denn Njabu musste auch mit lokalen Kräften umgehen. Zum einen mit der Bevölkerungsgruppe der Lendu, zu der er selbst gehört. Ein Landkonflikt zwischen Bauern und Großgrundbesitzern war der ursprüngliche Grund für die Gründung von Njabus FNI gewesen. Das hieß, Njabu musste mit traditionellen Dorfräten der Lendu über die Führung der Miliz und die Beherrschung der Bevölkerung verhandeln. Und auch der Krieg selbst brachte immer neue Akteure hervor: ein halbes Dutzend

andere Milizen, die Njabu mal bekämpfte, mal mit ihnen kooperierte. Schließlich scheiterte der Warlord, denn heute sitzt Njabu im Gefängnis und wartet auf die Eröffnung eines Verfahrens wegen Kriegsverbrechen.

Krieg als System

► Dass ein Floribert Njabu, der große Mitverantwortung trägt für die 60.000 Toten des Bürgerkriegs in Ituri, dessen Miliz schreckliche Massaker begangen, Kindersoldaten beschäftigt und auch die eigene ethnische Gruppe ausgebeutet und terrorisiert hat, dass solch ein Kriegsherr als Opfer angesehen wird, scheint zunächst absonderlich. Doch aus Sicht von Teilen der iturischen Bevölkerung hat der Gedanke offenbar eine gewisse Logik. Da ist zunächst das Unverständnis gegenüber dem Bürgerkrieg selbst, den niemand in Ituri so gewollt hat, der aber alle in seinen Mahstrom zog und den Distrikt menschlich wie wirtschaftlich verheerte. Der Krieg ergab sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher materieller wie machtpolitischer Konflikte auf zwischenstaatlicher, nationaler und lokaler Ebene. Erst das Zusammenspiel der vielen widerstreitenden Interessenlagen um Landzugang und Goldausbeutung, um die Rechte von Bevölkerungsgruppen wie die Machtpositionen einiger Individuen brachte den Krieg als ein System hervor. Solche komplexen Prozesse sind schwer in Zuschreibungen von Schuld und Schande zu zerlegen, die dem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen würden.

Sehr viele Menschen in Ituri waren Täter und Opfer zugleich, verloren Angehörige, kämpften in einer der bewaffneten Gruppen, erlitten Menschenrechtsverletzungen. Wer in Bunia eines der Motorradtaxi besteigt, kann einigermaßen sicher sein, dass der Fahrer früher einer Miliz angehörte. Andere waren die meiste Zeit Bauern oder Goldschürfer, doch wenn es notwendig schien, verteidigten sie ihre Dörfer und griffen andere an. Viele Familien stellten, unter Zwang oder freiwillig, den Milizen eines ihrer Kinder zur Verfügung. Den Wahnsinn dieses Krieges erklären heute viele in Bunia zu einem Phänomen, das von räuberischen Ausländern in die eigentlich friedliche Gemeinschaft getragen wurde, um an das Gold Ituris zu gelangen. Auch anderswo im Kongo, dessen moderne Geschichte ja tatsächlich besonders stark durch das ausländische Verlangen nach den reichhaltigen natürlichen Schätzen geprägt wurde, ist diese Sicht fast hegemonial.

Die Figur des Warlords

► Auch in den liberalen Öffentlichkeiten des Westens wird die Sichtweise geteilt, dass der Krieg im Kongo angetrieben wurde durch materielle Begierden. Die Schuld wird allerdings woanders gesucht: Nicht die ausländischen Interessen, heißt es hier, sondern vor al-

lem Warlords wie Floribert Njabu und ihre bewaffneten Haufen seien der Kern des Problems. Die dominanten Strömungen der liberalen Kursachsenforschung, von den Thinktanks der Weltbank bis zu deutschen Friedensforschungsinstituten, haben in den letzten zehn Jahren ein starkes Interesse an der »Ökonomie der Bürgerkriege« entwickelt. Den daraus entstandenen Arbeiten ist gemein, dass sie die Komplexität der Bürgerkriege auf das Element des informellen transnationalen Handels mit Rohstoffen und Drogen reduzieren.

Charakterlich deformierte Warlords, so das Argument dieser Studien, zetteln Kriege an, um diesen Handel zu kontrollieren. Politische Programme, die Demokratie und Menschenrechte fordern, während ihre Verfasser das Gegenteil umsetzen, seien nicht ernst zu nehmen. Den Warlords sei der Krieg nicht mehr Mittel, etwa zur Überwindung einer Diktatur, sondern die individuelle Bereicherung durch den Krieg selbst sei der Zweck. Zugleich kennzeichnen Genozid, Massaker und Vergewaltigung, allesamt Verbrechen an der zivilen Bevölkerung, die Bürgerkriege der Gegenwart. Der französische Politikwissenschaftler Roland Marchal brachte den Widerspruch in dem Aufsatztitel »Atomisation des fins et radicalisme des moyens« (dt.: Atomisierung der Ziele und Radikalität der Mittel) auf den Punkt. Beim preußischen Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz hieß es noch, Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Heute scheint es hingegen, der Krieg sei die Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln. Gibt es also nur noch eine Ökonomie, aber keine Politik der Bürgerkriege mehr?

Anders als viele akademische Debatten hat die ökonomistische These großen Widerhall in den westlichen Medien gefunden. Am deutlichsten lässt sich diese Entwicklung vielleicht an der Karriere des Begriffs »Warlord« festmachen, der inzwischen zum Vokabular jeder Qualitätszeitung gehört. Über die Gründe dafür kann spekuliert werden. Dass sich in diesem Modell die guten Opfer aus der Zivilbevölkerung von den bösen Tätern in die Rebellengruppen scheinbar säuberlich trennen lassen, mag ein Aspekt sein. So kann der Krieg als moralischer Defekt diskutiert werden, ohne ihn als Teil der kapitalistischen Moderne begreifen zu müssen. Denn die ökonomistische These isoliert eine gesellschaftliche Praktik – die der Bereicherung durch Gewalt – von ihrem Kontext in der Dritten Welt. Dies spiegelt eine traditionelle europäische Denkweise wider, mit der die Unterschiede zwischen den »zivilisierten« und den »weniger

Sehr viele Menschen in Ituri waren Täter und Opfer zugleich



Ungezwungen in Zwangsverhältnissen

zivilisierten« Gesellschaften der Welt konstruiert werden. Der militante Pazifismus der liberalen Öffentlichkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg trifft hierbei auf einen theoretischen Ansatz, der bereits in seinen Vorannahmen davon ausgeht, dass Krieg und Rebellion negative Phänomene darstellen.

Blut-Kampagnen

► Die ökonomistische These fand auch in der westlichen Linken großen Widerhall, wengleich hier stärker auf die globalen Verflechtungen des Rohstoffhandels eingegangen wurde, statt sich auf das Brandmarken lokaler Akteure zu beschränken. Kampagnen gegen »Blutdiamanten« und den Hightech-Rohstoff Coltan machten darauf aufmerksam, dass erst durch den Konsum im Westen die Inwertsetzung der Rohstoffe aus Bürgerkriegsgebieten stattfindet. Die KäuferInnen von Schmuck und Handys finanzieren also nicht nur den Gewinn weltweit agierender Rohstoffkonzerne, sondern auch die Kalachnikows der Warlords.

Der Erfolg der ökonomistischen These in der Linken liegt wohl vor allem darin begründet, dass sie eine zu recht kritisierte Annahme der 1990er Jahre ablöste, der zufolge die Kriege der Gegenwart vor allem durch eth-

nisch-kulturelle Feindschaften zwischen Volksgruppen (in Europa) oder Stämmen (in Afrika und anderswo) ausgelöst werden. Die ökonomischen These rücken die Imperialismustheorien von Luxemburg und Lenin

und die Dependenztheorien der 1970er Jahre gleichsam durch die Hintertür wieder in den Blick. Damit ist die westliche Linke wiederum beinahe enig mit denjenigen Kongolosen, die allein ausländische Kapitalinteressen für die Misere ihres Landes verantwortlich machen. Dies ermöglicht, die

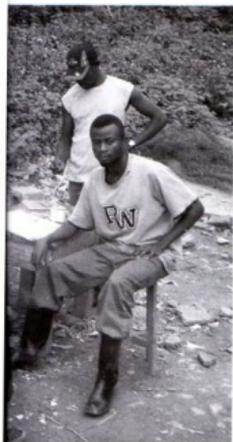


Foto: A. Veit

Schuld an der Gewalt bei einem angreifbaren Feind zu verorten.

So zielten die »Blut«-Kampagnen der letzten Jahre auch darauf, westliche Konzerne und Regierungen zu brandmarken, und sie zu einer Änderung ihres Geschäftsgebarens und zu neuen Gesetzen und Sanktionen zu bewegen. Doch wie immer ist, wenn kapitalistische Verwertungsbeziehungen auf das (Fehl-)Verhalten einzelner Akteure reduziert werden, Misstrauen angebracht. Denn damit bleibt nicht nur die Analyse auf niedrigem Niveau stecken. Aus politischer Perspektive wichtiger ist, dass mit Negation des Politischen, der Verteufelung der Kriegakteure und mit Appellen an westliche Regierungen internationale militärische Interventionen und die damit verbundenen Programme des Friedens- und Staatsaufbaus legitimiert werden.

Kampf um Marktteilnahme

► Wie aber sähe eine Analyse der politischen Ökonomie von Bürgerkriegen aus? Politische und ökonomische Ursachen sowie Akteure und Strukturen sollten zusammen statt jeweils isoliert interpretiert werden. Genauso verhält es sich mit den sich während des Krieges verändernden Machtverhältnissen, aber auch mit sich entfaltenden Nachkriegsordnungen. Exemplarisch soll dies hier entlang des Konflikts im kongolesischen Ituri am Land und Gold versucht werden: In Ituri entspann sich der Konflikt 1999 zunächst aus einem Streit um knapper werdenden fruchtbaren Boden. Großgrundbesitzer versuchten mit Waffengewalt und Bestechung, ihre Ländereien zu erweitern und konnten sich dabei auf formal gültige Gesetze des kongolesischen Staats berufen. Die bedrohten Kleinbauern wehrten sich, und im Laufe von einigen Jahren eskalierte die Gewaltspirale zu einem Krieg. Es entwickelte sich also eine politische Ökonomie des Kriegs, die noch weit entfernt war von der auf

Rohstoffhandel fixierten ökonomistischen These: Vielmehr kämpften die Kleinbauern darum, weiterhin Marktteilnehmer bleiben zu können, anstatt auf den Status ökonomisch überflüssiger Subjekte reduziert zu werden. Die Großgrundbesitzer hingegen stellten potenzielle Agenten kapitalistischer Modernisierung dar, denn ihre international eingebundenen Aktivitäten in Viehzucht und -handel hätten wohl mehr zur wirtschaftlichen »Entwicklung« des Kongo beigetragen als kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Bald institutionalisierten sich nicht-staatliche bewaffnete Gruppen, die sowohl die militärische Auseinandersetzung als auch den politischen Raum neu organisierten. Dazu gehörte der Zugriff auf den Goldexport, durch den die Kriegsführung finanziert, politische Macht vergrößert und individuelle Bereicherung ermöglicht werden konnte. Der industrielle Goldabbau in Ituri war bereits seit den 1980er Jahren, bedingt durch den Verfall staatlicher Autorität, durch in kleinen Gruppen organisierte GoldgräberInnen abgelöst worden. Diese meist jungen Männer verkauften ihre Funde an eine Kette von Zwischenhändlern, die informell mit dem fragmentierten Staatsapparat kooperierten und international agierten.

Die neu entstehenden Milizen versuchten nun, diese Handelsketten und die staatlichen Bürokratiereste an sich zu binden. Die politische Ökonomie des Goldabbaus veränderte sich hin zu konkurrierenden Akteuren, die sich äußerst brutal bekämpften. Für die GoldgräberInnen bedeutete dies verschärfte Bedingungen der Ausbeutung, denn der erhöhte Bedarf an Schutz vor Gewalt musste mit Gold bezahlt werden. Die politische Ökonomie des Krieges internationalisierte sich: Während Bodenkonflikte in den Hintergrund traten, da die Landwirtschaft weitgehend zum Erliegen gekommen war, ging es den Milizen nun darum, Goldabbaugebiete und Handelsrouten ins Ausland zu sichern und zu verwerten.

Seit nun etwa vier Jahren versucht die Mission der Vereinten Nationen im Kongo (Monuc) gemeinsam mit der nationalen Armee, ein staatliches Gewaltmonopol zu errichten. Dazu wurden die Milizen einerseits militärisch bedrängt, andererseits in die Staatsparität eingebunden. Die politische Ökonomie der Nachkriegsordnung ist dabei noch weitgehend im Fluss, aber einige Tendenzen lassen sich absehen. So haben sich Teile der Armee mit lokalen Miliz-Händler-Figuren verzahnt. Während also weiter Gold in Handarbeit gefördert wird, müssen die Erträge immer noch unter bewaffneten Akteuren und angeschlossenen Händlern verteilt werden. Dabei macht es einen geringen Unterschied, dass der Goldhandel nun wieder formal legal abgewickelt wird.

Sollten allerdings, wie von der kongolesischen Regierung geplant, westliche Konzerne in Ituri investieren, ist absehbar, dass die Arbeit der GoldgräberInnen durch Mechanisierung überflüssig wird. Hier liegt bereits ein neuer Kern weiterer Aufstände. Die Bodenkonflikte hingegen bleiben latent: Bislang wird das Land von denjenigen genutzt, die militärisch die Oberhand behalten haben. Auch hier droht eine Verdrängung der KleinbäuerInnen. Die Voraussage, wer sich in einem vor staatlichen Gerichten ausgetragenen Streit zwischen Bauern und Großgrundbesitzern durchsetzen wird, bedarf keiner prophetischen Gabe.

Krieg oder Nicht-Krieg

► Die Dynamik der politischen Ökonomie in Ituri war also in allen Stadien des Kriegsverlaufs geprägt von Auseinandersetzungen um Marktteilnahme sowohl in der lokalen als auch internationalen Dimension. Aspekte des Rohstoffhandels waren dabei immer verknüpft mit Auseinandersetzungen sowohl über die politische Struktur als auch der gesamten materiellen Reproduktion der Gesellschaft. Die bewaffneten Milizen stellten dabei wichtige Akteure dar, aber nur im Zusammenhang mit vielen anderen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen.

Der wohl wichtigste Aspekt für einen linken Internationalismus kann die Erkenntnis sein, dass der Unterschied zwischen Krieg und Nicht-Krieg ökonomisch gesehen oftmals ein

rein legalistischer ist: Während die Goldverwertung während des Kriegs jenseits der staatlichen Gesetze stattfand (da Lizenzen fehlten und Zölle nicht bezahlt

Der Krieg selbst war es, der immer neue Akteure hervorbrachte

wurden), können heute die staatlichen Gewaltakteure und ihre lokalen wie internationalen Kooperationspartner den Mehrwert der Goldausbeutung auf gesetzlicher Grundlage abschöpfen. Die offene Gewalt in Ituri ist zwar stark zurückgegangen, doch die latente Gewaltandrohung durch den Staat sorgt weiterhin dafür, dass die materielle Situation von GoldgräberInnen und Kleinbauern und -bäuerInnen prekär und bedroht bleibt. Hierin könnte ein Ansatzpunkt einer sich erneuernden linken Politik sein, die nicht allein Schuldzuweisung an Kriegsgewalt bezweckt, sondern wieder die politische wie materielle Emanzipation marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen zum Ziel hat. Denn wie das Beispiel Ituri zeigt, wird die Eskalation der Gewalt weiterhin durch Verteilungskämpfe im Kapitalismus ausgelöst.

► Alex Veit ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projekts »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Humboldt-Universität Berlin.

Unser Bild von Afrika

Die Afrika-Vortragsreihe bei FUGÉ

In diesem ersten Halbjahr 2007 drehte sich die FUGÉ-Arbeit besonders um die UN-Millenniumsziele und den afrikanischen Kontinent. Zum Jahrtausendwechsel haben 189 Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung unterzeichnet. Darin werden acht konkrete Ziele formuliert, die überwiegend bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen, um die Armut auf der Welt zu vermindern. Afrika ist von allen Kontinenten am weitesten von der Erreichung der UN-Millenniumsziele entfernt. Insbesondere trifft dies auf die Halbierung der extremen Armut und des Hungers (Ziel 1), das Erreichen der Primärschulbildung (Ziel 2) und die Bekämpfung von Infektionskrankheiten (Ziel 6) zu. Diese Problematik war der Ausgangspunkt der Afrika-Vortragsreihe, die in Kooperation mit der VHS und verschiedenen regionalen Eine-Welt-Initiativen zustande kam.

Der Auftakt am 24. Januar 2007

Den konzeptionellen Auftakt dazu bildete der Vortrag „Das Bild von Afrika“, den Rudolf Blauth (Vorsitzender des Freundeskreises Bagamoyo e.V und Leiter der Volkshochschule Ahlen) am 24. Januar 2007 im FUGÉ-Weltladen hielt. Exemplarisch entwickelte Blauth am Beispiel von Tansania ein differenziertes Bild von Afrika, das zwischen den Hochglanzfotografien von Nationalparks und afrikanischer Kultur und den Schreckensbildern von Armut, Hunger und Krieg liegt. Über eben dieses gespaltenen Bild von Afrika diskutierte Rudolf Blauth mit über 50 Besuchern. Didaktisch sehr geschickt zog er die Teilnehmer von Beginn an durch kluge Fragen und eine Vielzahl von

Filmbeispielen aus Nachrichten, Dokumentationen, Reiseberichten und Spielfilmen über Afrika in seinen Bann. „Afrika, das ist oft immer noch Urwald, Savanne, Großwild-Safari, und „wilde Schwarze“ unter brennender Sonne, die unter Katastrophen wie Bürgerkrieg, Hunger, Malaria und Aids leiden“. Unser Bild von Afrika ist voll von Klischees und Vorurteilen wie es in diesem Maße kaum für die anderen Kontinente gilt. Zwar liegt beispielsweise die Zahl der TV-Beiträge alleine über Tansania jährlich bei über 200, aber die Bilder wiederholen sich in den uns bekannten „Schablonen“, und bestärken dadurch meist nur noch die bestehenden Vorurteile. Die Probleme der afrikanischen Bevölkerung werden dabei allerdings kaum tiefergehend behandelt. Wenn wir wirklich „global denken und lokal handeln“ wollen, dann ist es an der Zeit, direkt aus der Sicht der afrikanischen Länder von diesen und über diese zu lernen und unser oft so einseitiges Bild von Afrika grundlegend zu korrigieren.

Mein Bild von Tansania am 7. März 2007

Nach einer Einführung von Nadin Hoffmann über die Bedeutung der UN-Millenniumsziele hielt Erika Bhanji einen Vortrag über Entwicklungshilfe, Kultur und Sprache Tansanias. Die langjährige Krankenschwester berichtete über die von ihr gegründete Hauswirtschaftsschule in der größten Stadt Tansanias, Dar es Salaam, für die sie sich auch nach ihrem Ruhestand effektiv einsetzt. So fährt sie noch immer jährlich nach Afrika und verbringt dort oft mehrere Monate. Ihre Arbeit stützt sich da-



Rudolf Blauth (Vorsitzender des Freundeskreises Bagamoyo e.V und Leiter der Volkshochschule Ahlen) referiert über „Unser Bild von Afrika“.

bei besonders auf Sachspenden aus der Bevölkerung in Deutschland, vor allem in ihrer Heimatregion Soest. An diesem Abend gab Frau Bhanji den Besuchern einen erlebnisreichen Einblick in ihre unmittelbare Entwicklungsarbeit.

Eintauchen in die afrikanische Wirklichkeit am 18. April 2007

In der Abendveranstaltung lernten wir mit Manfred Werdermann die seit 1996 bestehende Entwicklungspartnerschaft des Evangelischen Kirchenkreises Soest mit Kamerun kennen. Die vielfältigen Projekte, wie Brunnen- und Schulbau, Alphabetisierungskurse oder die Arbeit im Gesundheitszentrum waren die zentralen Themen des Abends. Während eines Sabbatjahres lebte Manfred Werdermann zwölf Monate lang in Kamerun. Musikalisch untermauert und informativ erzählte er von seinen Eindrücken und Erlebnissen aus einer „anderen Welt“. Eindrucksvolle Bilder und die Vorstellung diverser Reisemitbringsel rundeten die Abendveranstaltung ab.

Podiumsgespräch über Entwicklungshilfe am 2. Mai 2007

In dieser Runde zum Thema „Wie kommt meine Hilfe in Afrika an?“ diskutierten Erika Bhanji (Entwicklungshelferin aus Soest), Claudia Kasten (Pressereferentin, Hammer Forum) und Marcos da Costa Melo (Eine-Welt-Koordinator, FUGÉ) über ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit Hilfswerken, Schulpartnerschaften, medizinischer Versorgung, Straßenkinderprojekte in unterschiedlichen Ländern Afrikas. In einer von Sven Behrens (2. Vorsitzender von FUGÉ) gut moderierten Diskussion entwickelten die Diskutanten Perspektiven der Entwicklungshilfe und bewerteten dabei die Bedeutung der Spenden, des Engagements von großen Hilfsorganisationen und kleinen Eine-Welt-Gruppen.



Anstatt zur Schule zu gehen, hütet dieser junge Kuhhirte aus Kamerun die Herde, den Schulbesuch können viele Eltern nicht bezahlen. Foto: Manfred Werdermann

Fair Reisen schafft gutes Klima – Zur FUGE-Reihe über umweltverträgliches Reisen

Es gibt kein umweltschädlicheres Reisen als zu fliegen: Ein Flug Berlin-Teneriffa und retour verursacht so viel Treibhausgas wie ein Jahr Auto fahren (etwa 12.000 km im Mittelklassewagen, ca. 2000 kg CO₂). Dies stellt die Vortragsreihe „Sanfter Tourismus“ fest, die FUGe seit März 2008 in Kooperation mit der VHS Hamm veranstaltet. FUGe macht durch diese Reihe auf vielseitige und umweltverträgliche Möglichkeiten der Urlaubsplanung und -gestaltung aufmerksam. Mit einer Reihe von Referenten, die zur Klimawirksamkeit von Verkehrsmitteln, alternativen Reisen und konkreten Reisezielen informieren und Tipps geben, will die Reihe einen Beitrag zum Klimaschutz im Tourismus leisten.

Die Vorträge beschäftigten sich mit umstrittenen Reisezielen wie Jemen mit Dr. Ali Al-Zakhami (Hammer Forum), Tansania mit Rudolf Blauth (Freundeskreis Bagamoyo), Indochina mit Heinz Kordy (Auslandgesellschaft) und zuletzt Chile mit Heike Bednarz und Petra Bald (GEPA). Folgen werden noch Beiträge zu Reisen in Brasilien mit Marcio Soares (Funkhaus Europa) und in Europa mit Johann Kois (NABU Hamm).

Reisen – aber wie?

Immer mehr Reisenden ist bewusst, dass ihre eigene Erholung und ihr Erleben mit einem Preis für die Umwelt verbunden ist. Darum bietet „atmosfair“ Flugreisenden die Möglichkeit, zum Ausgleich einen bestimmten an der Flugstrecke orientierten Betrag zu spenden. Das Geld wiederum kommt Klimaschutzprojekten zugute. In Hamm hat beispielsweise der Ev. Kirchenkreis beschlossen, die Flugrei-



„Flugzeuge auf die Schiene setzen“
so Manfred Treber (Germanwatch)
in einem Vortrag bei FUGe

sen zur Partnerkirche in Indonesien mit diesem System zu „kompensieren“. „Das kann als Ablasshandel verstanden werden, wenn es nicht zugleich dazu führt, sich auf notwendige Flugreisen zu beschränken“, so Pfr. Matthias Eichel. Wenn ein Flug aber unvermeidbar ist, bietet die Tabelle und das System von „atmosfair“ die Möglichkeit, in Projekte zu investieren, die dem langfristigen Umwelt- und Klimaschutz dienen (s. www.atmosfair.de).

Hilfreich wäre es, schon bei der Buchung einer Reise erkennen zu können, wie klimafreundlich bzw. schädlich diese ist. Ein Gütesiegel könnte da Abhilfe schaffen. Nachhaltigkeitsberichte, in denen Reiseveranstalter offen legen, wie sie es mit fairer Bezahlung und akzeptablen Arbeitsbedingungen in den Urlaubsländern halten, sind dazu eine Alternative. „Es muss geregelte Arbeitszeiten geben. Die Mitarbeiter der Betrieben sollen kranken- und unfallversichert sein und auch eine Arbeitslosenversicherung haben“, zählt Heinz Fuchs von der Organisation Tourism Watch (EED) auf, der für einen Gütesiegel plädiert. Wichtig sei auch, dass die regionale Landwirtschaft profitiere. „Nicht wie in vielen All-inclusive-Resorts, wo fast nur importierte Produkte serviert werden“, sagt Fuchs. Aufträge – etwa beim Bau eines Hotels – sollten an die Handwerker aus der Region gehen.

Afrika sanft erleben

Rudolf Blauth vom Freundeskreis Bagamoyo-Player sieht das ähnlich. „Wenn einem tatsächlich das Schicksal der afrikanischen Menschen am Herzen liegt, dann stellt sich nicht die Frage, ob Tourismus sein darf, sondern ihn so zu gestalten, dass er ökologisch und kulturell möglichst unbedenklich ist.“ Die Konzeptidee des Sanften Tourismus fasst laut Bundesamt für Naturschutz „Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, eine optimale Wertschöpfung und eine neue Reisekultur zusammen“ erläuterte Rudolf Blauth. Es würde qualitatives statt quantitatives Wachstum verlangt, sinnlich orientierte Lebensqualität statt Konsumqualität bei den Reisenden. Als Beispiel stellte er das Bild von hunderttausend Touristen im Ngorongoro-Wildschutzgebiet vor, die ausschließlich den Ngorongoro-Krater besuchen. Jenseits dieser Touristenströme aber wäre z. B. die Einsamkeit und un-

glaubliche Schönheit des nahe gelegenen, aber menschenleeren Embakaikraters zu genießen. Wie man anders reisen kann zeigt der „Freundeskreis Bagamoyo“. Er unternimmt Studienreisen nach Tansania, bei denen die Teilnehmer Leben und Arbeit traditioneller Bauern und Kunsthandwerker kennen lernen oder mit Masai und Eseln durch die Savanne wandern. Bei diesen Reisen gehen etwa 6,6 Prozent der Reisekosten direkt an die Afrikaner. Wäre zumindest das im konventionellen Tourismus ebenso, hätten die Afrikaner in Tansania geschätzte 49 Millionen US-Dollar mehr in ihrer Tasche.

Mit gutem Gewissen reisen

Es bleibt der Spagat zwischen Klimaschutz und Fernreisen. Es bleibt die Frage nach alternativen Reiseformen und -zielen. Ein Siegel für „nachhaltige“ Reiseangebote oder Nachhaltigkeitsberichte der Veranstalter könnte den Verbrauchern eine Hilfestellung bei der Auswahl des Reiseziels geben. Wenn eine Flugreise unvermeidbar ist, kann immerhin mit „atmosfair“ ein Beitrag für das Klima geleistet werden.

Letztlich ist es an den Reisenden selbst – aber da macht die Entwicklung im fairen Handel und im Biosektor Mut. Menschen fragen zunehmend nach den sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns. Auch im Urlaub.



Rudolf Blauth bei FUGe August 2008:
„Zurzeit gibt es tausende Touristen in Tansania, die ausschließlich den Ngorongoro-Krater besuchen und dort mit 400 Autos zeitgleich in der Warteschleife vor einem Nashorn stehen: Damit entgeht ihnen natürlich sehr viel. Und wenn sie nach Hause zurückkehrten, haben sie Afrikaner nur als Safariwagenfahrer oder als Hotelpersonal kennen gelernt.“

Die Millenniumsentwicklungsziele und die Schulpartnerschaft Lünen–Namibia

Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen und die Martin-Luther-Highschool in Okombahe

Ulrich Scholz (Kordinator der Schulpartnerschaft)

Schulpartnerschaften können Globales Lernen konkret werden lassen, können Jugendlichen Handlungsmöglichkeiten bieten bei der Planung und Durchführung von Solidaritätsaktionen und gemeinschaftlichen Entwicklungsprojekten.

20 Jahre Schulpartnerschaft zwischen der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen und der Martin-Luther-Highschool in Okombahe, Namibia haben dafür viele Beispiele geliefert. Lernen in der Partnerschaft beinhaltet das Ein- und Ausüben praktischer Solidarität, wie es sich in unserer Partnerschaftsbeziehung in Gartenprojekten, in der gemeinsamen Renovierung und Gestaltung von Räumen und Fluren an beiden Schulen und in Zukunft in der Einrichtung einer kleiner Kindertagesstätte an der MLH ausdrückt.

Lernen in der Partnerschaft bedeutet für beide Schulen aber auch, die gesellschaftspolitische Perspektive im Blick zu haben, historische Entwicklungen zu reflektieren, globale Zusammenhänge zu konkretisieren. Beispiele dafür sind unsere gemeinsamen Theater-, Film-, Kunst- und Geschichtsprojekte zu Kolonialismus und Rassismus oder das Projekt zur nachhaltigen Nutzung von Heilpflanzen in Namibia.

Am Beispiel Namibias die komplexe Realität von Armut- und Entwicklungsstrukturen in den Blick zu bekommen, war dann auch das Ziel, dass ich mir ge-

meinsam mit dem namibischen Kollegen Ringo Hoeseb setzte, der von Februar bis Juni 2007 bereits als sechster Vertreter unserer Partnerschule die Geschwister-Scholl-Gesamtschule als namibischer Schulasistent besuchte und unser Schulleben bereicherte.

Die UN-Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) erschienen uns als geeignetes Instrument, denn sie sind konkret fassbar, quantifizierbar und (entsprechende Anstrengungen vorausgesetzt) umsetzbar. Damit eignen sie sich aber in besonderer Weise dazu Kompetenzen zu vermitteln, die z.B. Lehrer und Lehrerinnen aller Schulformen bei einer Befragung im Rahmen der Eröffnung des Kompetenzzentrums „Globales Lernen“ in Bielfeld am 18.4.2007 als besonders wichtig hervorgehoben haben: Globale Zusammenhänge reflektieren und bewerten, den eigenen Lebensstil vergleichend reflektieren und die überregionale Handlungsverantwortung erkennen.

In einer Reihe von Vorträgen in Schulklassen, in kirchlichen und entwicklungspolitisch engagierten Gruppen und bei einer Tagung im Rahmen der Lehrerfortbildung versuchten wir mit Bildern und Statistiken zu vermitteln, dass die Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der acht Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 in den verschiedenen Regionen der Erde sehr unterschiedlich aus-



fallen, und dass die Länder Afrikas südlich der Sahara deprimierend langsam oder gar nicht daran Teil haben. Der neueste UN-Report zu den MDGs macht das erschreckend deutlich. Das Engagement vieler Menschen bleibt nötig um kurzfristig in den Industrienationen die längst versprochenen Hilfszusagen zu realisieren und längerfristig Strukturen im Welthandel und in den Vereinten Nationen zu verändern, denn sonst bleibt das achte Ziel „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ bestenfalls ein frommer Wunsch, schlimmstenfalls Heuchelei.

Informationen zur Schulpartnerschaft zwischen der Geschwister-Scholl-Gesamtschule und der Martin-Luther-Highschool finden Sie unter www.gsg-mlh.de.

Zu den UN-Millenniums-Entwicklungszielen gibt es eine Reihe von ergiebigen Internet-Links, z. B. www.millenniumcampaign.de/ oder www.un.org/millenniumgoals



Ringo Hoeseb aus Namibia (Mitte) mit den Schülern der Geschwister-Scholl-Gesamtschule beim Aktionstag am 12. Mai in Lünen

Außendienstmitarbeiter für exotische Aufgaben

Der Afrikakorrespondent und seine Redaktion in Deutschland

Von Bartholomäus Grill

Unser Mann in Afrika – so wurde ich bei der alljährlichen Tagung der Auslandskorrespondenten oft begrüßt. Im altherwürdigen Anglo-German Club an der Hamburger Außenalster klang das wie eine scherzhafte Anspielung auf Graham Greene: Unser Mann in Havanna, Außendienstmitarbeiter für exotische Aufgaben. Na, Grill, was ist los in Afrika? pflegte ein Kollege zu fragen, und er antwortete sich gleich selber: „Negerkampf im Tunnel.“ Und in der Tat war ich schon bald nach meiner Entsendung nach Südafrika zu einem Kriegsberichterstatter mutiert. Ich berichtete über die blutigen Konflikte in Somalia, Angola, Burundi, Zaire oder im Sudan, für *good news* aus Afrika blieb nur selten Platz.

Der einzige Trumpf, den ich gelegentlich ausspielen konnte, war ein gewisser Nelson Mandela und seine Mission, die friedliche Überwindung der Apartheid. Der alte Mann wurde in Europa allerdings nicht als Afrikaner gesehen, sondern so wie die Gefängnisinsel Robben Island, auf der er 19 seiner 27 Kerkerjahre verbrachte: als Weltkulturerbe. Zeitweiligen Aufmerksamkeitswert hatte auch Simbabwe, denn dort wurden die Alpträume der Kolonialherren wahr. Das Regime von Präsident Robert Mugabe vertrieb die Nachfahren der britischen Siedler vom einst geraubten oder durch zwielichtige Verträge erschlichenen Land, und natürlich sandte jede britische Provinzpostille einen Sonderkorrespondenten an den Sambesi, um über die staatskriminellen Vorgänge zu berichten.

Sie schrieben hauptsächlich über das Schicksal der bedauernswerten Großgrundbesitzer; dass Hunderttausende von Farmarbeitern ihre Arbeit verloren, wurde nur in den Nebensätzen erwähnt – eine selektive Wahrnehmung, determiniert durch die Hautfarbe: Die schwarzen Farmarbeiter waren nur Statisten in einem Drama, bei dem weiße Farmer ermordet wurden. Und so produzierte die Enteignung und Vertreibung von Weißen in ein paar Monaten vermutlich mehr Schlagzeilen als das politische Leben Simbawwes in den zwanzig Jahren, die seit seiner Unabhängigkeit vergangen waren.

Als „Mann in Afrika“ spürt man von Anfang an, dass das Einsatzgebiet an der Weltperipherie liegt. Das Zentrum ist jenseits der üblichen K-Themen – K für Kriege, Krisen, Katastrophen, Kriminalität, Korruption, Krankheiten – nur sporadisch an Afrika interessiert. Die britischen und französischen Kollegen haben es da besser, denn ihre Länder verbindet eine lange Kolonialgeschichte mit dem frankofonen respektive anglofonen Afrika, eine sentimentale Geschichte voller Verklärung und Verdrängung, die ökonomisch und mental in die postkoloniale Phase hineinverlängert wurde.

Für uns deutsche Korrespondenten ist der Platz immer knapp, wir müssen für unsere Geschichten kämpfen, nicht nur gegen die konkurrierenden Vorschläge aller anderen Korrespondenten, sondern auch gegen die Ignoranz der Redakteure. Ein Beispiel, das mir immer als erstes dazu einfällt: Als am 14. Oktober 1999 Julius Nyerere starb, schlug ich einen kurzen Nachruf vor. Julius wer? Der junge Kollege wusste mit dem Namen nicht viel anzufangen.

Und so war in meiner Zeitung keine Zeile darüber zu lesen, dass einer der größten Denker und Humanisten des postkolonialen Afrika zu den Ahnen gegangen war.

Zweites Beispiel: Neben einem Artikel über den Krieg im Kongo stand ein Agenturfoto von einem Friedhof im Kongo; das Problem war nur, dass sich der Text auf ein ganz anderes Land bezog als das Bild – der Unterschied zwischen der Demokratischen Republik Kongo (Hauptstadt Kinshasa) und der Republik Kongo (Hauptstadt Brazzaville) hatte sich in der Fotoredaktion leider noch nicht herumgesprochen.

Aber warum sollten Zeitungsredakteure die große weite Welt anders betrachten als der gemeine Leser? Sie betrachten sie in der Regel eurozentrisch, also mit dem klassischen Tunnelblick des Westens, der von Washington über Paris und London nach Moskau reicht und nach Peking verlängert wurde, seit die „gelbe Gefahr“ dank kräftiger Medienkampagnen wieder virulent geworden ist. Von dieser Wahrnehmungsachse führen noch ein paar Seitenstollen weg, die in Jerusalem, Bagdad oder am Hindukusch enden, denn dort wird bekanntlich unsere Freiheit verteidigt.

Quid novi ex Africa? Es gibt nichts Neues, nur Altbekanntes: Afrika in Agonie. Entscheidend ist die Wahrnehmung des Erdteils, nicht dessen Wirklichkeit. Das gilt im Weltbild von Krisenreportern übrigens nicht nur für Afrika, sondern für alle Konflikt- und Armutszonen. Sie streichen wie ein Wolfsrudel um den Globus, heute Haiti, morgen Irak, übermorgen Darfur, vorneweg marschiert Christiane Amanpour von CNN, die Jeanne d'Arc des Katastrophenjournalismus, hinterdrein folgt der Rest der Weltmedien. Im Konkurrenzkampf um Einschaltquoten, Auflagen und Anklickfrequenzen darf der Sonderberichterstatter „vor Ort“ nicht fehlen.

Dieses „vor Ort“ gehört übrigens zu meinen Hassbegriffen, es ist eine Chiffre des Aktualitätswahns, der Echtzeithechelei, der Windhundrecherche. Ihr blinder Gebrauch zeugt zugleich von der Verlüderung der deutschen Sprache, denn eigentlich zutreffend ist diese Wendung nur an einem Schauplatz: im Bergwerk. Wenn die Kumpel im Stollen arbeiten, dann sind sie – und nur sie! – vor Ort. Neuerdings gehen manche Medien aus Kostengründen dazu über, den klassischen Korrespondenten gegen den „fliegenden Redakteur“ auszutauschen. BBC und andere Globalsender setzen seit geraumer Zeit auf ^[V]genannte Videojournalisten, die gleichzeitig filmen, interviewen, fotografieren und schreiben. Wo immer diese preisgünstigen Mehrzweckgeschosse aufschlagen – ihre Wirkung ist verheerend.

Blenden wir kurz ins Jahr 1993 zurück, nach Somalia. Stahlgewitter über Mogadischu. Mordbrennende Milizen. Hunger, Seuchen, Massenelend. Die Krisenreporter befinden sich im Anflug auf die Hauptstadt eines Landes, dass vor zwölf Jahren aufgehört hat, zu existieren. Es sind verwegene Kerle, jung und furchtlos, die von den Heimatredaktionen ins „Herz der Finsternis“ entsandt werden. Im Flugzeug überflogen sie noch schnell ein paar Agenturmeldungen. Dann landen sie. Und betreten ein Land, das ihnen so vertraut ist wie die Nachtseite des Mondes.

Der US-Militäreinsatz im Dezember 1992 in Mogadischu, Somalia, wird von der Meute der Weltpresse hautnah begleitet.

Patrick Robert/Corbis



Was sehen sie? Spindeldürre Gestalten, Ruinen, Gewaltexzesse. Die Menschen: eine amorphe Masse. Ihre Sprache: kehlig. Ihr Glaube: archaisch. Ihr Zorn: unbegreiflich. Eine Welt voller Bösartigkeit, beherrscht von ruchlosen Warlords. Aber da ist auch diese andere Welt, die farbenfrohen Kleider, das Lachen der Kinder, der heiße Wüstenwind, die Kamele, die Arabesken. Und vor allen die jungen Somalierinnen, die wie Modigliani-Figuren durch die Dornensavanne schreiten. Stammen nicht auch die überirdischen Supermodels wie Waris Dirie aus dieser Weltgegend? Die Krisenreporter schwärmen.

Ihre Blitzanalysen verblüffen all jene Landeskenner, die sich in der feinverästelten Sozialstruktur Somalias erst nach vielen Lehrjahren zurechtfinden. Da zerfällt dann eine ethnisch homogene Bevölkerung in undefinierbare Sprengel, da werden Sippen zu Clans und Clans zu Stämmen, auch wenn es in Somalia gar keine Stämme gibt. Geschenk. Wen interessiert schon so genau, ob es Hawardle, Hawadle oder sonstwie heißt? Wen schert der Unterschied zwischen Issa und Issaq? Rahanwejn - kann man den trinken? Nein, das ist auch irgendein Stamm, irgendwo in Afrika. Man stelle sich den

...Das Kardinalproblem ist nicht die Quantität, sondern die Qualität der Berichte über Afrika.

kleinen, scharfen Bissen verabreicht. Allerdings muss ein Mindestwert auf der Richterskala der Unglücke erreicht werden, damit man sie überhaupt für nachrichtentauglich hält. „Der Wert unseres Lebens wird niedrig eingestuft – auch von uns selber“, erklärte mir die kenianische Intellektuelle Wambui Mwangi, als wir uns während des Krieges im Kosovo auf der Sklaveninsel Gorée trafen. „Um eine vergleichbare Aufmerksamkeit zu erwecken, sind viele afrikanischen Menschenleben nötig. In dieser Indolenz verbirgt sich etwas zutiefst Rassistisches.“ Wenn auf einem afrikanischen Gewässer eine Fähre mit 300 Passagieren absäuft, lesen wir das nur als Randnotiz in der Rubrik „Bunt Vermischtes“. Die Massaker, die vor dem Friedensschluss in Burundi geschahen, tauchten gar nicht auf. „Wir brauchen 500 Tote plus, erst dann kommt CNN“, sagte ein deutscher Diplomat, den ich in der Hauptstadt Bujumbura traf.

Afrika wird wie durch ein umgekehrtes Fernglas betrachtet: Das Objekt rückt in die Ferne, seine Feinstrukturen werden unkenntlich. Der Katastrophenjournalismus verfestigt diesen Grobblick: Afrika schreit. Afrika weint. Afrika stirbt. Manches Klischee wurde seit dem Ende des Kolonialismus so oft wiederholt, dass es Eingang in unsere Alltagssprache gefunden hat. Wenn wir ein dünnes, rachitisches Kerlchen sehen, sagen wir: Das sieht ja aus wie ein Biafra-Kind.]

Wie geht es weiter? Nach rechts oder nach links? Oder sollen wir den Pfad in der Mitte nehmen? Wegweiser existieren nicht, unser Fahrer ist mit seinem Latein am Ende, und weit und breit findet sich kein Mensch, den wir fragen könnten. Die Landkarte gibt keine Auskunft, die Kreuzung irgendwo im unermesslichen Waldmeer des Kongobeckens, an der wir gerade stehen, liegt auf einem weißen Flecken. *Hic sunt leones*, hier wohnen Löwen, schrieben die Römer an solchen Stellen auf ihre Atlanten.

So wie im kongolesischen Urwald erging es mir oft in meinen dreizehn Jahren als Korrespondent in Afrika. Die Wegscheide ist eine Metapher der Orientierungslosigkeit: Ich fühlte mich wie ein Elementarteilchen, das durch einen riesigen Kosmos treibt. Ich kam zum ersten Mal in ein großes Land, nach Nigeria, Angola oder in den Sudan und fragte mich: Wo anfangen? Wie einen Überblick gewinnen, wo ich doch nur ein paar Splitterchen zu Augen bekommen, nur mit einem Dutzend Leute sprechen, zwei, drei Orte besuchen werde? Ich sah ein Ritual, ein Symbol, eine Geste, hörte eine Geschichte, erlebte eine Begebenheit, und konnte das Wahrgenommene nicht einordnen oder begreifen. Es fehlten die historischen Kenntnisse, der religionssoziologische Hintergrund, das ethnografische Referenzsystem. Da stand ich dann und tat, was ein kluger Kopf einmal „hermeneutischen Kolonialismus“ genannt hat: interpretieren, hineindeuten, spekulieren. Man kann sich lebhaft vorstellen, dass dabei oft Zerrbilder oder Projektionen entstehen, die mehr mit uns selber zu tun haben als mit der sozialen Wirklichkeit.]

Und so kämpft man als Korrespondent zunächst auch gegen die eigenen Stereotype an, die die Wahrnehmung Afrikas seit Jahrhunderten prägen: Afrika, der kriegerische, dunkle, bettelarme, verlorene Kontinent, die Afri-

kaner, ein sorgloser, fröhlicher und nicht allzu fleißiger Menschenschlag. Schnell und überheblich urteilen Europäer über einen Kontinent, in dem der ihre zehn Mal Platz fände. 750 Millionen Menschen, vielleicht 800 Millionen oder noch mehr, fünfzig Staaten, Tausende von großen Völkern und kleinen Ethnien, Kulturen und Religionen – ist es nicht vermessen, sich ein Urteil über diesen Erdteil zu erlauben? Und muss es nicht geradezu anmaßend wirken, wenn wir über das „Wesen“ der Afrikaner reden und keine einzige ihrer zweitausend Sprachen sprechen? Es ist anmaßend – auch wenn man sich seit zwei Jahrzehnten mit ihrem Kontinent beschäftigt. Denn man stellt fest, dass es immer noch jede Menge Unschärfen auf dem Bild gibt, das man sich von Afrika gemacht hat.]

Am Anfang meiner Jahre in Afrika haben mich diese Unschärfen oft gewurmt. Das änderte sich, als ich das Tagebuch von Michel Leiris entdeckte. Der französische Literat hatte an der Dakar-Dschibuti-Expedition des berühmten Ethnologen Marcel Griaule teilgenommen. Am 5. Oktober 1931 notiert er: „Ich verzweifle daran, dass ich in nichts wirklich bis auf den Grund einzudringen vermag.“ Der Poet Leiris hat sich mit dem allwissenden Forscher Griaule überworfen, weil er mit kompromittierender Offenheit die Grenzen der völkerkundlichen Erkenntnis beschreibt. Der Dichter will eintauchen in die „ursprüngliche Mentalität“ und muss schließlich feststellen, dass er nur ein *Afrique fantôme* erlebt und ein Gefangener des eurozentrischen Blicks bleibt.

Wir können uns nicht selber entfliehen. Die Bekenntnisse des Michel Leiris waren ein erhellender Trost. Und dann gab es noch ein zweites wichtiges Buch: „Traurige Tropen“ von Claude Lévi-Strauss. Jeder Korrespondent, der über den Süden schreibt, sollte es Zeile für Zeile studieren – denn dieser grandiose Anthropologe seziiert die Strukturen der westlich-kolonialen Wahrnehmung und treibt uns den abendländischen Erkenntniszwang aus, den Zwang, alles gedanklich durchdringen und sezieren zu müssen. In Afrika lernt man, mit Fragezeichen zu leben. Man erkennt, was man nicht erkennen kann. Und wird im Laufe der Jahre behutsamer, vorsichtiger, vielleicht auch gnädiger in seinen Urteilen über diesen Kontinent.

Das schützt einen nicht vor dem Vorwurf, den sich wohl jeder Afrika-Korrespondent schon einmal anhören musste. Wir würden den Kontinent kaputt schreiben, heißt es, unsere Katastrophenberichte seien nichts als maßlose Übertreibung oder sensationslüsterne Kolportage. Der Simbabwe-Experte des Instituts für Afrikakunde entblödete sich nicht, uns deutsche Korrespondenten einer journalistischen Kampagne gegen den Despoten Robert Mugabe zu bezichtigen. Der Überbringer der schlechten Botschaft ist für dieselbe verantwortlich – dieser Reflex ist so alt wie das Nachrichtenwesen.

Zugegeben, manchen Kollegen geht gelegentlich der Gaul durch, und ein paar wenige liefern fast ausschließlich pessimistische Einschätzungen, weil sie Afrika für einen rettungslosen Fall halten und die Afrikaner für korrupte, faule oder einfach nur unfähige Zeitgenossen. Wer sich trotz aller Probleme den Optimismus nicht abgewöhnen will, gilt in ihren Au-

...Ich kam mir vor wie in einem durchgeknallten Narrenhaufen.



umgekehrten Fall vor: Ein Afrikaner schreibt über Deutschland und nennt den Stamm der Schwiben einen Subclan der Frunken.

Es war mir meistens ziemlich unangenehm, wenn ich in der Meute der Weltpresse mitrennen musste, in Mogadischu kam ich mir vor wie in einem durchgeknallten Narrenhaufen. Wir wohnten in einem Hotel, das den trefflichen Namen „Al Sahafi“ trug, was soviel wie „Journalist“ heißt. Weil es die einzige halbwegs sichere Unterkunft in der Stadt war, hatte CNN gleich

eine ganze Etage okkupiert und natürlich auch die Telefonleitungen und Stromanschlüsse und die besten Drehplätze auf dem Flachdach für die Live-Kriegsfilme. Die TV-Generalin Amanpour kommandierte ihr Nachrichtenteam wie einen Stoßtrupp der US-Marines. Die Kollegen rannten herum, als befänden sie sich in der Schlacht um Pearl Harbour. Und der Supersonderspezialkrisenberichterstatte der Anstalt RTL, deren Chefredakteure dank der UN-Mission „Restore Hope“ gerade Afrika entdeckt hatten, drapierte zwei wild dreinschauende Milizionäre mit Kalaschnikows hinter sich, sein Aufsager in den Abendnachrichten sollte möglichst martialisch aussehen.

„Es gibt eine Unzahl Newcomer im professionellen Journalismus... diese Journalisten haben keine Ahnung, wo sie sich kulturell befinden, sie arbeiten ohne historisches Hintergrundwissen,“ kritisiert Ryszard Kapuscinski am Beispiel der Berichterstattung über Ruanda. „Jeder fängt einmal an!“, hätte man dem im Januar verstorbenen Polen Kapuscinski, einem der feinfühligsten (und fachlich umstrittenen!) Korrespondenten, die je über Afrika schrieben, entgegenhalten mögen. Man kennt aus eigener Erfahrung die Fallstricke bei der Beurteilung eines äußerst komplizierten Landes wie Ruanda. Man erinnert sich an peinliche Fehler, die in zornigen Leserbriefen gegeißelt wurden. Und wird vorsichtiger in seinen Urteilen, weil das eigene Unwissen und Ungenügen stärker ins Bewusstsein rückt. Weil bekannt noch lange nicht erkannt heisst und man merkt, wie oft man selber Klischees auf den Leim geht.

Die Kollegen von der schnellen Eingreiftruppe scheint der Skrupel weniger zu plagen, ganz abgesehen davon, dass ihnen die Zeit zu gründlicher Vorbereitung und gewissenhafter Recherche fehlt. Aber man will in Europa ohnehin nicht so genau wissen, was auf dem „schwarzen“ Erdteil außer Katastrophen geschieht. Afrikas Anteil am Welthandel ist marginal, sein geopolitisches Gewicht wiegt nicht schwer. Das andere Afrika, das heitere, gelassene, erfinderische, ist uninteressant. Andernfalls würde man herausfinden, dass Hungersnöte nicht an der Tagesordnung sind. Oder dass es in weiten Regionen friedlicher zugeht als, sagen wir, in einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern, die von Neonazis regiert wird. Aber solche Nachrichten würden nicht ins präformierte Bild vom verlorenen, verzweifelten, moribunden Kontinent passen, das sich so vorzüglich verkauft. „Die Reportage soll bestätigen, was evident ist: Alles läuft schlecht da unten, seit wir nicht mehr da sind,“ schreibt Frantz Fanon, der Philosoph der Befreiung.

Es mangelt keineswegs an Berichten aus Afrika. Der Erdteil ist öfter in den Schlagzeilen als Südamerika oder Australien. Und warum sollte aus europäischer Sicht einem Land wie Mali mehr Aufmerksamkeit zuteil werden als dem randständigen Portugal? Das Kardinalproblem ist nicht die Quantität, sondern die Qualität der Berichte, die Art und Weise, wie sie im Wechselspiel von Vermarktungsinteressen und Wahrnehmungsrastern zustande kommen.

Gefragt ist in der Regel die oberflächliche, flinke Depesche, die Sensationsmeldung, nicht die nachdenkliche Analyse oder die gelassen erzählte Geschichte. Im globalen Infoschnellservice wird die Ware Information in

gen als unverbesserlicher Altachtundsechziger oder bestenfalls als naiver Gutmensch. Studiert man die Elaborate dieser Kollegen genauer, fällt schnell auf, dass sie Fakten, die ihre Untergangstheorie nicht stützen, gerne weggelassen. Dafür stimmen sie den afrikanischen Totenmarsch mit Kriegstrommeln und Kalaschnikows um so lauter an.

Es geht keineswegs darum, die Tatsachen zu verharmlosen oder gar schön zu schreiben, das sollte man realitätsblinden Solidaritätsblättchen wie „Africa Positive“ überlassen, die jeden, der den Kontinent nicht durch die rosarote Brille betrachtet, für einen Rassisten halten. Viele Länder Afrikas sind in einem miserablen Zustand, das lässt sich nicht leugnen, und wenn man die Statistiken vergleicht, wird man feststellen, dass der Erdteil auf allen Feldern das globale Schlusslicht ist, von A wie Analphabetismus bis Z wie Zahnarztliche.

Jeder Afrika-Korrespondent kennt das Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Es beschleicht ihn im Ostkongo, wo der Bürgerkrieg nicht enden will. Oder vor einem Massengrab in Ruanda. Oder in Darfur, beim Anblick eines Flüchtlingslagers. Wie konnte es so weit kommen? Wer ist dafür verantwortlich? Ich habe diese Fragen am Anfang meiner Korrespondentenjahre ganz anders beantwortet als heute. Stets waren finstere Außenmächte am Elend Afrikas schuld, der Kolonialismus und seine Folgen, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die obstruktive Haltung des Westens. Schwarze Opfer, weiße Täter – die Misere, daran gab es für mich nicht den geringsten Zweifel, wird zu achtzig Prozent durch exogene Faktoren verursacht.

Unterdessen sehe ich es genau umgekehrt: Die Afrikaner selber, namentlich die räuberischen Eliten, tragen die Hauptverantwortung für die desaströse Lage, unter der Millionen von Afrikanern leiden. Die *classe politique* hat ihre Staaten in der postkolonialen Phase in den Abgrund gewirtschaftet, und es fällt einem als Chronist nicht immer leicht, angesichts der herrschenden Verhältnisse zuversichtlich zu bleiben und jenseits der apokalyptischen respektive gutmenschlichen Projektionen ein realistisches Bild von

NR. 2/2007

Deutschland € 6,80

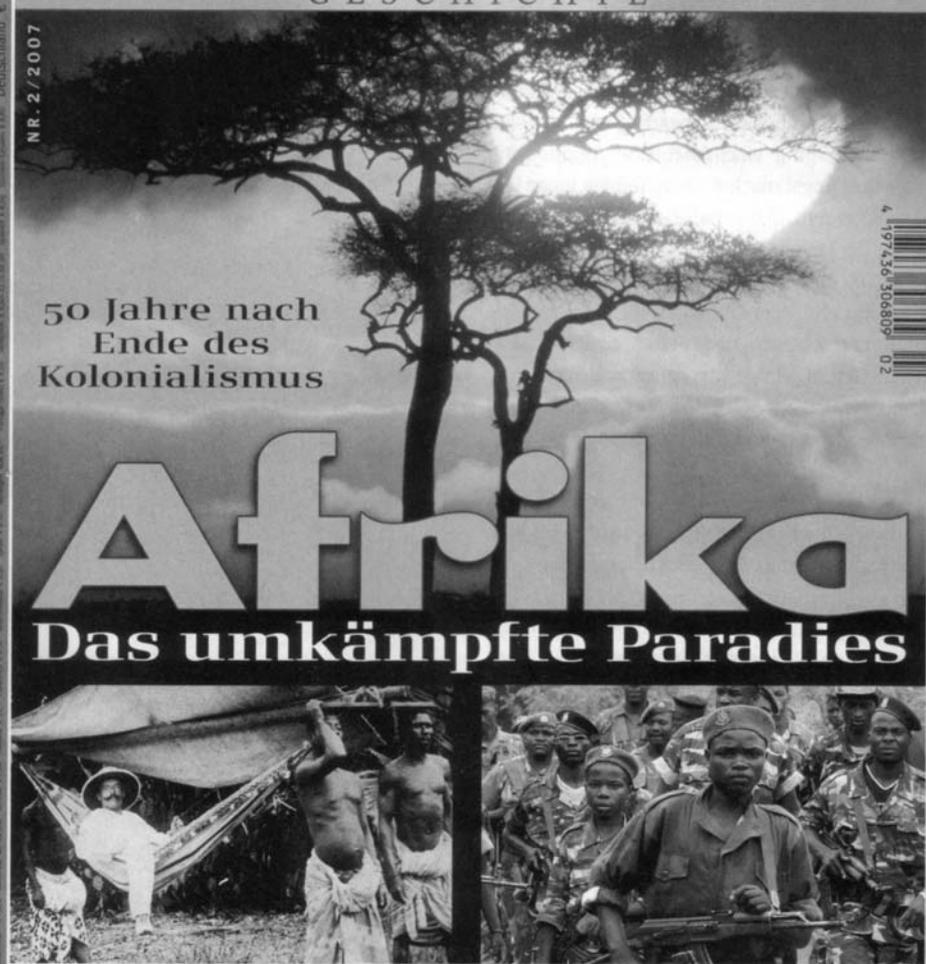
SPIEGEL SPECIAL

GESCHICHTE

50 Jahre nach
Ende des
Kolonialismus

Afrika

Das unkämpfte Paradies



MANAGER DER GUTEN TAT
Neue Konzepte der
Entwicklungshilfe

AUFBRUCH UND ABSTURZ
Von weißen zu
schwarzen Diktatoren

4 197436 306809 02

Afrika zu zeichnen. Entscheidend dabei ist, dass sich der Korrespondent den offenen Blick bewahrt. Dass er wie ein klassischer Soziologe im Geiste Max Webers versucht, zu verstehen, warum Menschen so handeln, wie sie handeln. Und dass er zugleich mit kritischer Distanz und unerschütterlicher Empathie über ihre afrikanische Lebenswelt berichtet.

Bartholomäus Grill

war über ein Jahrzehnt Afrika-Korrespondent für „Die Zeit“ und andere Medien und lebt als Autor und freier Journalist in Berlin. Gerade ist sein Buch „Gott, Aids, Afrika“ erschienen (Kiepenheuer & Witsch, Köln, 206 S.). Er hat diese Streitschrift gegen den Vatikan zusammen mit dem katholischen Priester Stefan Hippler aus Kapstadt verfasst.

Kriege in Afrika



Resources in Africa von Wolfgang Ammer

Wenn heutzutage von nicht aufhören wollendem Kriegszustand und von politischem Chaos die Rede ist, fällt der Blick schnell auf Afrika. Der »Krisenkontinent« scheint geradezu einzuladen zur drastischen Schilderung von vermeintlich archaischer Gewalt und zur schnellen Analyse ihrer Ursachen. Zumindest lässt ein Blick auf das Gros der Berichterstattung diesen Schluss zu: Warlordisierung, Tribalismus und Raubökonomie sind die vorherrschenden Begriffe, wenn es um bewaffnete Konflikte und Kriege auf dem afrikanischen Kontinent geht.

Gerne werden von den Medien jene ExpertInnen zitiert, die aufzeigen, dass in Afrika die Menschen schon immer Kriege geführt haben: Beutezüge und Plünderungen an sesshaften Bauern werden ebenso als gesellschaftliche Normalität nomadischer Stämme beschrieben wie Sklaverei als ökonomische Basis lokaler Machthaber. Derlei Informationsetzen vermischen sich mit einer Bilderflut, die Afrika durch brutalste Gewaltakte und ausgemergelte Opfer repräsentiert. Der Schritt hin zur Deutung der Kriegsgründe als irrational und unbegreiflich, in jedem Falle vormodern und barbarisch, ist schnell getan. Und auch seriösere Analysen stehen dazu kaum im Widerspruch, etwa wenn sie behaupten, Kriegsziele seien nicht politische oder ideologische Anliegen, sondern einzig und allein ökonomische Bereicherung und Sicherung von Macht.

Mit solchen Analysen sind selbst entwicklungspolitische Akteure schnell bei der Hand. Die Welthungerhilfe zum Beispiel macht in einer einfachen Statistik die Armut als Triebfeder aus: breche das Wirtschaftswachstum eines Landes um nur fünf Prozent ein, steige die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konfliktes um fünfzig Prozent. Je geringer das durchschnittliche Pro-Kopf Einkommen, desto wahrscheinlicher herrsche Krieg. Logisch also, dass Afrika als besonders arme Region eben besonders kriegerisch ist. Kein Wort von der extrem ungleichen Verteilung der Reichtümer oder den Verwicklungen mit globalen Akteuren, die das Geschäft mit Edelhölzern und Diamanten über den Weltmarkt an den Waffenhandel koppeln.

Doch so gerne liberale und konservative InterpretInnen die Marktweltordnung bei der Ursachenforschung außen vor lassen, so sehr überstrapazieren manche linken KritikerInnen global-ökonomische Aspekte. Wer allein multinationale

Unternehmen mit ihrer Gier auf Öl oder Coltan in den Mittelpunkt stellt, verkennt die internen Konfliktstrukturen, die sich antiimperialistischen Deutungsmustern meist entziehen. Nicht minder einfach gestrickt ist die Erklärung eines von Ressourceninteressen geleiteten Konkurrenzkampfes zwischen China und dem Westen. Und auch die viel bemühte Rede von der Privatisierung des Krieges suggeriert bloß, Söldnerunternehmen und lokale Kriegsherren, die jenseits staatlicher Ordnungsstrukturen agieren, seien etwas gänzlich Neues.

Wer bei Kriegen Ursachenanalyse betreibt und die Schuldfrage stellt, tendiert oft dazu, gut und böse oder Täter und Opfer streng auseinanderzudividieren. Auch gibt es die Angewohnheit, Ausbruch und Ende tagesgenau zu datieren. Wer aber begreifen will, warum es Kriege gibt, muss ihre oft widersprüchliche Dynamik erkennen und sich mit ihrer Komplexität auseinander setzen. Dies erlaubt es kaum, einen Tag festzulegen, einen alleinigen Täter zu definieren oder eine spezifische Ursache zu benennen. Und ob Ressourcen genutzt werden, um Kriege zu führen, oder Kriege geführt werden, um Ressourcen ausbeuten zu können, wird sicher nicht globaltheoretisch und allgemeingültig, sondern höchstens am konkreten Fall beantwortet werden können. Doch selbst dann ist ein Krieg in aller Regel noch nicht hinreichend »erklärt«.

Das kann auch der vorliegende Themenschwerpunkt nicht leisten. Er will aber allzu schlichten Deutungen und theoretischen Entwürfen begegnen, indem er ins Detail geht. Dazu beschäftigt er sich mit einigen spezifischen Regionen Afrikas, in denen Bürgerkriege herrsch(t)en. Die Mikroperspektive auf lokale Landstreitigkeiten (DR Kongo) ist dabei nicht minder wichtig als die internationalen Kakaomärkte (Côte d'Ivoire), der Diamantenhandel (Sierra Leone), das berüchtigte Öl (Sudan), eine besonders ausgebeutete Akteursgruppe (KindersoldatInnen) oder interne wie externe machtpolitische Kalküle (überall). Denn die Krieg ermöglichenden Gewaltmärkte haben materielle und politische Dimensionen, die »neuen Kriege« in Afrika sind weder vom Weltmarkt abgekoppelt noch sind sie frei von ideologischen Absichten. Und schon gar nicht sind sie vormodern oder irrational.

die redaktion

Afrika

Die Musterstaaten

Ghana, Mali, Botsuana: Es gibt viele hoffnungsvolle Länder in Afrika

von Bartholomäus Grill

Seit dem Ende der Kolonialära in den 1960er Jahren sind schon viele afrikanische Führer mit großen Visionen und besten Vorsätzen aufgebrochen. Die Gründerväter wollten ihre jungen Staaten in eine goldene Zukunft führen und den ganzen Kontinent zu einem gleichberechtigten Akteur auf der weltpolitischen Bühne machen. Die meisten dieser Männer haben ihre Länder heruntergewirtschaftet und sind jämmerlich gescheitert.



©mappemonde.net

Was unterscheidet Paul Kagame, Ruandas Präsidenten, von ihnen? Warum sollte ausgerechnet er, der umstrittene Herrscher eines kleinen, strategisch und wirtschaftlich unbedeutenden Landes, erfolgreich sein?

Die lange Geschichte zerschellter Illusionen spricht eigentlich dagegen. 2008 war wieder einmal ein Jahr der Unruhen und Umstürze in Afrika. Im Februar vergangenen Jahres scheiterte ein Putschversuch im Tschad, und in Kamerun wurde eine Jugendrevolte blutig niedergeschlagen. Im März stürzte eine panafrikanische Interventionstruppe das Sezessionistenregime auf der Komoreninsel Anjouan. Im Juni ließ sich der simbabwische Diktator Robert Mugabe nach einer beispiellosen Terrorkampagne wiederwählen. Im September kam es in Mauretanien zu einem Staatsstreich. Und im Dezember meldete Guinea den »monatlichen Putsch in Afrika«, wie eine Tageszeitung sarkastisch kommentierte. Eine Militärjunta riss die Macht an sich; sie wird angeführt von Moussa Dadis Camara, einem Hauptmann, der unter anderem an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet worden war.

Der Vertreibungskrieg im Sudan. Die Selbstzerfleischung Somalias. Das Blutvergießen im Ostkongo. Man muss sich nicht wundern, dass manche Chronisten Afrika als K-Kontinent bezeichnen – K für Kriege und Konflikte, Katastrophen und Krankheiten, Korruption und Kriminalität. Und dennoch ist dieses Urteil vorschnell.

Denn es nimmt den gesamten Erdteil als einzige Krisenmasse wahr und verstellt den Blick auf die positiven Entwicklungen in Afrika, auf solide Regierungen, ökonomische Erfolgsgeschichten und demokratische Fortschritte.

Das jüngste Beispiel ist Ghana. Das westafrikanische Land hielt im Januar 2009 friedliche Wahlen ab, es kam zu einem ganz normalen Regierungswechsel wie in jedem europäischen Land.

Der scheidende ghanaische Präsident John Kufuor hat eindrucksvoll bewiesen, dass es auch anders geht. Botsuana, das wirtschaftliche Vorzeigeland Afrikas, wird von Ian Khama umsichtig regiert. In Mali hat sich Präsident Amadou Touré einen Namen als Demokrat und Friedensstifter gemacht. Tansanias Staatschef Jakaya Kikwete, derzeit Vorsitzender der Afrikanischen Union, ist international ein angesehener Staatsmann. In Namibia hat der besonnene Hifikepunye Pohamba den Autokraten Sam Nujoma abgelöst. In Liberia kämpft die resolute Ellen Johnson-Sirleaf um eine bessere Zukunft für die von einem Bürgerkrieg traumatisierten Bürger. In Sierra Leone arbeitet Präsident Ahmad Tejan Kabbah am Wiederaufbau seines zerstörten Landes. Und selbst im scheinbar unregierbaren Nigeria versucht Präsident Umaru Yar'Adua, die Demokratie zu stabilisieren. Aber das Klischeebild vom Afrika der Gewaltherrscher ist stärker, und Paul Biya in Kamerun, Omar al-Baschir im Sudan oder Robert Mugabe in Simbabwe bestätigen es pausenlos. Hinzu kommen unfähige Staatschefs wie Joseph Kabila im Kongo, dessen Regierungsgewalt nicht weit über die Hauptstadt Kinshasa hinausreicht. Oder Volkstribunen wie Jacob Zuma, gegen den im Augenblick ein Korruptionsverfahren läuft und der mit allen Mitteln Präsident von Südafrika werden will. So lässt sich erklären, warum einem Staatschef wie Paul Kagame, der sich in der Grauzone zwischen Diktatur und Demokratie bewegt, oft tiefes Misstrauen entgegenschlägt.

Befreien Sie Afrika von Martin Baer

Doku-film: Deutschland 1996-1998, 83 min. "Befreien Sie Afrika!" ist ein Dokumentarfilm über das Bild Afrikas in Deutschland und die Rolle Deutschlands in Afrika. Anhand der Darstellung des "Schwarzen Kontinents" und der Vorstellungen, die sich Deutsche vom Leben der Afrikaner machen, beschreibt der Film die deutsche Afrikapolitik in der Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis heute. Es ist auch ein Film darüber, wie die Deutschen in Ost und West Afrika sehen und was sie dort in den vergangenen fünfzig Jahren suchten. In vier Jahren wurden Tausende von Stunden Filmmaterial gesichtet, um einen Überblick über die filmische Darstellung von Afrika in den beiden Deutschlands zu erhalten. Fünfhundert Ausschnitte aus über siebzig Filmen belegen, wie sich längst überwunden geglaubte Vorstellungen vom "Schwarzen Kontinent" bis heute in vielen Darstellungen Afrikas wiederfinden. Der Titel lehnt sich übrigens an die Anleitung zu dem populären Gesellschaftsspiel "Risiko" an. In den siebziger Jahren nannte die Spielanleitung als Ziel des Spiels "Erober die Welt". In den neunziger Jahren ist das Spielziel: "Befreie die Welt".

Ist Afrika selber schuld?

Urteile und Vorurteile über die Defizite eines Kontinents

von Augusta Conchiglia

Wirklich verschwunden waren die Vorurteile und Klischees über das subsaharische Afrika zwar nie, doch seit Beginn des 21. Jahrhunderts tauchen sie immer häufiger wieder auf. Es ist nicht zu leugnen: Die Entwicklungsstrategien, die man dem Kontinent auferlegt hatte, sind gescheitert. **Heute ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner niedriger als 1960.**

Manche Beobachter fühlen sich dadurch bestätigt und zeigen neuerdings keinerlei Hemmungen mehr, mit ihrer Verachtung hinterm Berg zu halten. In Frankreich offenbarte sich diese Tendenz bereits anlässlich des rasch wieder aufgehobenen Gesetzes vom 23. Februar 2005, mit dem der Gesetzgeber die "positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee" unterstreichen wollte.¹ Mittlerweile lehnt man jegliches "Schuldgefühl" unverhohlen ab. Frankreich habe sich nicht zu schämen, erklärte Präsident Nicolas Sarkozy kategorisch gleich nach seiner Wahl.

Der Befund der Afrika-Pessimisten ist gnadenlos: Afrika sei "bankrott", seine Zukunft für Generationen höchst ungewiss. Die unbestreitbare Mitschuld unfähiger und korrupter Regime überdeckt in dieser Wahrnehmung zunehmend die nicht minder reale Verantwortung des Westens. Deshalb sind neuerdings immer mehr Leute bereit, den Theorien Glauben zu schenken, die auf Afrikas "suizidäre" Tendenzen verweisen. Wobei es übrigens afrikanische Autoren waren, die als Erste von einer "Entwicklungsverweigerung" sprachen und dem Schwarzen Kontinent eine "kulturelle Neuausrichtung" verschreiben wollten.²

Ist Afrika also in erster Linie das Opfer seiner selbst? Als Hauptschuldige werden ausgemacht: die Staatsmaschinerie, der ethnische Klientelismus und das Luxusleben und Spekulantentum der Superreichen und Geschäftsleute, das Korruption und Überschuldung hervorbringt.

Damit sollen "soziokulturelle und historische Blockaden" die Kluft zwischen Afrika und dem Rest der Welt erklären. Angeprangert werden vor allem irrationale, "für afrikanische Völker typische" Verhaltensweisen wie die geringe Neigung zur kapitalistischen Akkumulation. Zudem verhinderten die aus der Unterhaltungspflicht für die Großfamilie erwachsenden Lasten, dass gespart und produktiv investiert werde. Völker, die ihre natürlichen Reichtümer verschleudern, seien auch an Versteppung und Entwaldung schuld, also fortschrittsunfähig und zu ewiger Entwicklungshilfe verdammt.³

¹ Claude Liauzu, "Hausaufgaben für Kolonialisten", "Le Monde diplomatique", April 2005.

² Gemeint sind die Bücher von Axelle Kabou, "Et si l'Afrique refusait le développement", Paris (L'Harmattan) 1991, und von Daniel Etounga-Manguelle, "L'Afrique a-t-elle besoin d'un programme d'ajustement culturel?", Ivry-sur-Seine (Editions Nouvelles du Sud) 1991.

³ Siehe das in Frankreich heftig diskutierte Buch von Stephen Smith, dem Afrikaredakteur von "Le Monde: Négrologie. Pourquoi L'Afrique meurt", Paris (Calmann-Lévy) 2003. Eine Replik auf Smith verfassten: Boubacar Boris Diop, Odile Tobner,

Solche schiefen Pauschalurteile, die von den Medien begeistert aufgegriffen werden, beschäftigen das interdisziplinäre Team um **Georges Courade**, Forschungsdirektor am Institut de recherche pour le développement (Forschungsinstitut für Entwicklung, IRD). Die Autoren haben fünfzig gängige **Vorurteile über Afrika** unter die Lupe genommen und sie auf drei weithin popularisierte, "auf Annahmen beruhende Geisteshaltungen" zurückgeführt. **Die erste** ist Resultat westlicher Projektionen (man sieht sich selbst und die eigene Identität im Spiegel Afrikas). **Die zweite** gründet auf einem deterministischen Verständnis der räumlichen, natürlichen und historischen Faktoren, aus denen die afrikanischen Katastrophe erklärt wird. **Die dritte** betont die demografischen und kulturellen Hemmnisse für den materiellen Fortschritt.

Unter dem Stichwort Identität wird ständig die ethnische Problematik ausgeschlachtet, um die inneren Konflikte und das Scheitern lebensfähiger Nationalstaaten zu erklären. Ohne **die Rolle der Ethnien** als Auslöser für Kriege herunterzuspielen, erinnern die Autoren daran, wie diese zumeist instrumentalisiert werden, wenn Gruppen um die - auch noch so schwache - Zentralgewalt kämpfen. Dabei gehe es dann "um die Profite aus Bergbau und Ölförderung, um die Verteilung der Staatsgelder, um den eminent wichtigen Zugang zum Boden, um die Zuteilung von Besitz- und Nutzungsrechten".

Ebenso bedeutsam ist die "ethnische Neustrukturierung" durch die Kolonialmächte nach der Devise "teile und herrsche". Das absurdeste Beispiel für eine solche ethnische Manipulation war das Apartheidregime in Südafrika, dessen Folgen bis heute spürbar sind.

Jenseits der Klischees und Manipulationen scheint man die Ethnie mehr und mehr als politische Gemeinschaft aufzufassen, was auch für neuere Konzepte von Demokratisierung gilt.⁴ Damit werden die Staaten auf die Entwicklung weniger zentralistischer Modelle verpflichtet (und eben nicht von ethnisch homogenen Nationalstaaten, wie manche meinen). Aber die Dezentralisierung birgt auch das Risiko der Balkanisierung - sie hat in Afrika keine Tradition und ist deshalb umso gefährlicher.

Die Gruppe um Courade demontiert ein weiteres Klischee: **Die Annahme, der Staat könne sich in Afrika nicht durchsetzen, weil er westlicher Import sei, wird als schwerer Denkfehler kritisiert.** Denn man habe es ja nicht mit dem Staat im westlichen Sinne zu tun, sondern mit dem Kolonialstaat, und der sei "ein Torso ohne politisches Haupt, im Mutterland angesiedelt, bar jeder Legitimität und vor Ort auf seinen Verwaltungsapparat reduziert". Insofern er ein Herrschaftsinstrument gewesen sei, das hauptsächlich zum "Eintreiben von Steuern und Rekrutieren von Arbeitskräften für die Zwangsarbeit" da war, sei dieser Kolonialstaat für

François-Xavier Verschave, "Nérophobie", Paris (Les Arènes) 2005.

⁴ Mwayila Tshiyembe, "Vom postkolonialen Staat zum Multinationenstaat", "Le Monde diplomatique", September 2000.

die in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten kein praktikables und schon gar kein demokratisches Modell gewesen. Vielmehr habe er lediglich einen hybriden, neopatrimonialen Staat hervorgebracht, in dem jeder das Stück amtlicher Autorität, das er sich verschafft hat, "zu seinen eigenen und zugunsten seiner Angehörigen privatisieren kann".⁵

Obwohl die **Korruption** auf dem Subkontinent stark verbreitet ist, kann man sie nicht einfach mit der Tradition der "kleinen Geschenke" erklären, die in den alten Gesellschaften üblich war: "Die Korruption wurde zweifellos beschleunigt durch den Abbau öffentlicher Dienstleistungen im Gefolge der liberalen Ideologie und der Schwäche des Staates, vor allem aber durch die massive Verarmung der Bevölkerung."

Zwar beruhe das Phänomen in Afrika auch auf "seiner Akzeptanz im gesellschaftlichen Austausch als Mittel zur Festigung klientelistischer Netzwerke". Doch zugleich liege es auch auf der Linie einer allgemeineren Erscheinung, nämlich "der wirtschaftlichen und politischen Korruption, die aus dem Handelsverkehr und seiner staatlichen Regulierung erwächst".⁶

Wenn man über politische Korrekturen und Alternativen nachdenkt, gewinnt die Kritik an einem anderen verbreiteten Klischee entscheidende Bedeutung: an der Überzeugung, dass natürliche Reichtümer automatisch die Entwicklung fördern, sofern man für diese nur das richtig Konzept hat.

Afrika verfügt tatsächlich über bedeutende Bodenschätze, die nicht ausgebeutet oder unbearbeitet exportiert, oft aber auch geplündert oder verschleudert werden.

Fest steht allerdings auch, dass eine ausschließlich auf Renteneinkommen und Rohstoffvermarktung beruhende Volkswirtschaft auch nicht unbedingt eine ökonomische Diversifizierung bewirkt und noch weniger eine halbwegs gerechte Verteilung der Früchte des Wachstums.

Der Kontinent müsse sich deshalb vorrangig auf die "Ressourcen Mensch und Gesellschaft stützen, um sich in einem neuen sozialen und politischen Rahmen innovativ, schöpferisch und unternehmerisch zu entfalten".⁷

Dringender denn je müsse sich die Gesamtheit der politischen Akteure Afrikas ernsthaft mit der Frage befassen, "welche Art von Entwicklung und welcher Umgang mit den natürlichen Ressourcen für ihren Kontinent wünschenswert ist". Ohne diesen Kraftakt werden viele Länder "strukturell unfähig" bleiben.

Die lange Nachgeschichte des Kolonialismus

Die Entwicklung aktueller Wirtschaftsstrategien wird allerdings noch immer durch Entscheidungen eingeschränkt, die bereits während der Kolonialherrschaft getroffen wurden. Jean Pierre Foirry von der Université d'Auvergne, der auch am Centre d'études et de recherche sur le développement international (Cerdi) mitarbeitet, erinnert an die langfristigen Wirkungen der westlichen Herrschaft: "Eine gewollte einschränkende Spezialisierung auf Erzeugnisse, die zu den Produkten des Mutterlandes komplementär sind, hat ohne Zweifel die industrielle

Revolution in diesen Ländern gebremst. Zumal es sich eher um die Plünderung der Rohstoffe handelte, die keinen ausgeglichenen Markt entstehen ließ, weil deren Preise für die örtlichen Erzeuger nicht günstig waren und sich weniger nach Angebot und Nachfrage richteten als vielmehr nach den zugrunde liegenden Machtverhältnissen." Einen indirekten Einfluss hatten aber auch die verbesserte medizinische Versorgung und die Anbindung der Dörfer an den Verkehr. Das löste weitere kaum kontrollierbare Reaktionen - demografische Explosion, Abwanderung in die Städte - aus, deren Folgen erst nach der Unabhängigkeit dieser Länder voll sichtbar wurden.⁸

Ein Entwicklungsmodell mit anderen - und häufig umstritteneren Kategorien - liegt der Analyse von Jean-Paul Gourévitch zugrunde. Der internationale Experte für Humanressourcen, der an der Universität Paris XII lehrt, betont die schuldhaften Versäumnisse der örtlichen Regierungen etwa im Agrarsektor: "Afrika gehört zu den wenigen Weltgegenden, wo man die Bauern vernachlässigt, während heute in Europa, in Japan, in den USA und sogar in mehreren Ländern Südamerikas das Einkommen der Bauern geschützt und subventioniert wird, wodurch das Land einen Wert bekommt."⁹ Wegen der sehr niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte sei der Boden in Afrika wertlos, was wiederum zu Versteppung und zu beschleunigter Urbanisierung führe. Eine Aufwertung des Bodens hätte dagegen die Wirkung, "dass der Afrikaner wieder Geschmack an der Arbeit bekommt". Dann werde es nicht mehr "die Horden von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern geben, die in den Städten, wo es so etwas wie ein soziales Netz kaum gibt, für Unruhe sorgen".

Mit Stillschweigen übergeht der Autor freilich sowohl die Forderung nach einer Liberalisierung der afrikanischen Märkte als auch den jahrelangen erbitterten Widerstand der internationalen Finanzinstitutionen gegen jegliche Protektion oder Subventionierung der afrikanischen Landwirtschaft. Gourévitch ist zudem der Ansicht, dass kulturelle Faktoren die Modernisierung Afrikas verhindern. Dies zeige der Vergleich mit China oder Südostasien, wo sich die Gesellschaften hervorragend angepasst hätten. Die Afrikaner dagegen könnten nur "äußerst schwer umdenken". Das Wirtschaftssystem des Kontinents "mit seiner geringen Produktivität, seinen geringen Erträgen und seiner hohen Umverteilungsquote" sei einfach nicht zu halten.

In diesem Kontext macht Gourévitch einen gewagten Vergleich: "Während der Westen sich die Ideen und Errungenschaften anderer zu eigen machen konnte, schaffte es die afrikanische Kultur nicht, den technischen Fortschritt und die Unabdingbarkeit des Finanzsektors in ihr Wertesystem zu integrieren." Die politischen Eliten sollen sich bewusst machen, dass die afrikanische

⁵ Jean-François Médard, "L'État en Afrique ne fonctionne pas parce qu'il est une copie de l'état occidental", in dem Sammelband von Georges Courade et al., "L'Afrique des idées reçues", Paris (Belin) 2006, S. 191-196.

⁶ Siehe den Beitrag von René Owana, in: Courade, "L'Afrique".

⁷ Siehe Sylvain Guyot, "Déconstruire les savoirs sur l'Afrique et les relire en mode hypertexte", in: Courade, "L'Afrique".

⁸ Jean-Pierre Foirry, "L'Afrique: continent d'avenir?", Paris (Ellipses) 2006.

⁹ Siehe Jean-Paul Gourévitch, "La France en Afrique. Cinq siècles de présence: vérités et mensonges", Paris (Acropole) 2006.

Identität unter dem Druck der von der westlichen Kultur verbreiteten Bilder und Bedürfnisse unaufhaltsam zerstört wird: "Die auf Konsum fixierte Jugend will nicht länger darauf warten, dass man ihr gnädig das Wort erteilt." Vor den Risiken einer solchen Akkulturation durch Konsum warnt allerdings Cheikh Tidiane Diop (siehe Kasten). Der Wirtschaftswissenschaftler, der in Dakar und an den Universitäten Bourgogne und Franche-Comté studiert hat, behauptet im Gegensatz zu Gourévitch entschieden, dass man den wirtschaftlichen Rückstand des Schwarzen Kontinents nicht seiner Identität anlasten könne. Schuld sei vielmehr die Weigerung der "internationalen Gemeinschaft" und der afrikanischen Länder selbst, "kulturelle Denkweisen als wesentliche Parameter der Entwicklung" zu berücksichtigen. Diop verweist dabei auf die UNO, die eine Korrektur der vorherrschenden Modelle beabsichtigt.

Der senegalesische Autor fordert das Recht auf eine ausgewogene, die Menschen respektierende Entwicklung. **"Taugen Wachstumsraten als Index für glückliche Gesellschaften?"** Ähnlich sieht es auch Georges Courade. Für ihn ist es ein "Zeichen von Bequemlichkeit, wenn sich Entwicklungshelfer über die archaische und rückschrittliche Mentalität ihrer Schützlinge beschweren, sobald diese - oftmals berechnete - Änderungswünsche äußern oder Kritik üben. Dabei könne es durchaus sein, dass Hilfsangebote auch fehl am Platz sind, kontraproduktiv wirken oder sogar die Menschen gefährden."

Differenzierter argumentiert Jean-Pierre Foirry

Er attestiert der afrikanischen Kultur zwar "Zukunftswerte, auf denen ein afrikanisches Modell nachhaltiger Entwicklung aufbauen könnte", doch er befürchtet, dass

"die Fixierung auf die Traditionen und der tatsächliche Mangel an Mentalitäts- und Verhaltensänderung" zur Falle und die Entwicklungskrise damit "kurz- und mittelfristig quasi unüberwindbar" werden könne.

Als weitere Falle sieht er die Überbevölkerung und ihre Auswirkungen auf die Integration des Kontinents in die Weltwirtschaft. Der Teufelskreis eines zu starken demografischen Wachstums müsse durchbrochen werden, weil er das Sparen verhindere und damit sowohl Sozialausgaben als auch Investitionen unmöglich mache.

Diese postulierte "selbstmörderische Demografie" wird in dem Sammelband von Georges Courade anders wahrgenommen. Vier Jahrhunderte lang sei Afrika ausgeblutet und unterbevölkert gewesen.

Erst seit 1960 gebe es ein "ungehemmtes" Bevölkerungswachstum und eine "galoppierende" Verstärkung. Der gewaltige Zuwachs werde noch zwei Generationen lang anhalten, sei aber konjunkturell begrenzt und im Übrigen historisch notwendig.

Außerdem beginne die Geburtenrate seit 1992 allmählich zu sinken. Das gegenwärtige Wachstum sei "schlicht ein Aufholen, wodurch Afrika wieder auf den Anteil (17 Prozent) an der Weltbevölkerung kommen könne, den es bereits im 16. Jahrhundert hatte".¹⁰

Afrikas Benachteiligung durch die Geografie

Courade und seine Mitarbeiter sind der Ansicht, dass der demografische Bonus für Afrika - wie einst für Asien - positive Wirkungen haben könne, zumal 45 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre alt sind und damit mehr Menschen besser ausgebildet sind als früher.

Die wirkliche Herausforderung des 21.

Jahrhunderts sei also nicht die Bevölkerungsexplosion, sondern "die Suche nach einem gerechteren Wachstum der Weltwirtschaft".

Zur Erklärung der anhaltenden Unterentwicklung des Kontinents ziehen die Autoren auch andere, insbesondere geografische Faktoren heran. Nach Foirry "kumulieren sich die Handicaps und Nachteile in den afrikanischen Ländern stärker als in anderen armen Ländern, die sich in letzter Zeit aus eigener Kraft aus der Armutsfalle befreien konnten". So lebt jeder dritte Afrikaner in einem Binnenland, was in Lateinamerika nur für jeden dreißigsten und in Asien nur für jeden fünfzigsten Bewohner gilt.

Für Foirry ist vor allem das tropische Afrika - die ärmste Region des Kontinents, in der auch fast alle der am wenigsten entwickelten Länder liegen - durch die Geografie benachteiligt: Eine weit verstreute bäuerliche Bevölkerung bedeutet hohe Transportkosten und beschränkten Marktzugang, es dominieren große Trockenzonen bei nur wenigen Flüssen, die Bewässerung in großem Maßstab ermöglichen, Tropenkrankheiten sind endemisch und anderes mehr. Selbst die am besten regierten Tropenstaaten "entgehen nicht der Armutsfalle". Wobei für Foirry beide Faktoren zusammenhängen: "Ein Land ist nicht nur arm, weil es schlecht regiert wird; es wird auch schlecht regiert, weil es arm ist."

Für den Aufstieg Afrikas braucht es laut Foirry umwälzender Veränderungen. Die ließen sich allerdings nicht von einem auf den anderen Tag durchsetzen. Etwas von diesem Wandel sei jedoch schon überall zu spüren, vor allem in der jüngeren Generation und in der städtischen Bevölkerung, die inzwischen in Afrika die Mehrheit ausmacht. Aber der Prozess werde erst vollendet sein, wenn die Länder demokratisch regiert werden, wenn die Abhängigkeit von äußerer Hilfe reduziert sein wird, wenn die "Informalisierung" der Gesellschaften gestoppt ist und wenn modernisierte Arbeitsverhältnisse eine dynamische Mittelklasse hervorgebracht haben. Deshalb meint Foirry: "Afrika hat keine Wahl. Es muss ‚mit seinem ganzen Herzen‘ vorangehen, statt nach dem Rezept von Cheikh Hamidou Kane vor der Modernisierung ‚in Deckung zu gehen‘."

Für diese optimistische Vision wird sich Cheikh Tidiane Diop kaum begeistern können, impliziert sie doch die "Normalisierung" Afrikas und den Verzicht auf einen eigenen, originellen Weg. Für den senegalesischen Wirtschaftsexperten steht vielmehr fest: "Afrika braucht keine Hilfe oder Unterstützung, es braucht vor allem Achtung."

Aus dem Französischen von Josef Winiger

Augusta Conchiglia ist Journalistin.

Le Monde diplomatique Nr. 8324 vom 13.7.2007, Seite 3-4, 501 Dokumentation, Augusta Conchiglia

© Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

¹⁰ Siehe den Beitrag von Georges Courade und Christine Tichit, in: Courade, "L'Afrique".

Journalisten und unser Bild von Afrika

"Die Welt der Massenmedien ist für mich geprägt von der Vorstellung eines symbolischen Kräftemessens. Das Spielfeld sieht ungefähr aus wie eine Arena für klassische Gladiatorenkämpfe:

Auf zwei Seiten einer Grube steht je ein Journalist mit einem Spaten. Der eine gräbt unermüdlich Sand herauf, um das Loch tiefer zu machen. Der andere schaufelt das Loch ebenso unermüdlich wieder zu."

„Das Kräftemessen geht pausenlos weiter, es ist eine Sisyphus-Arbeit, das Graben und Zuschaufeln zieht sich durch die Epochen. Und es gibt immer nur vorläufige Sieger. Manchmal triumphiert der enthüllende, grabende Journalist, manchmal der andere, verbergende, der Spuren verwischt, der wie ein Hofnarr mit biegsamem Rücken das Machtspiel mitspielt.“

Henning Mankell, Januar 2006



US-Militäreinsatz in Somalia 1992



Godfrey Mwampembwa (Gado), Kenia/Tansania, 2007



Resources in Africa von Wolfgang Ammer aus Österreich, 2007